

Wie wollen wir zusammen leben?

Anmerkungen zu Heimat, Nationalismus, Vielfalt, Leitkultur und Menschenrechte

Friedrich Popp

In den letzten Jahren wurden vielfach Diskussionen über Flüchtlingszuwanderung, Grenzsicherung, Leitkultur und Identität geführt. Die vormalige Debatte über eine Willkommenskultur für Neuzuwanderer ist abgeflacht, jetzt stehen verstärkt Abschottung, Grenzkontrollen und Abschiebung von abgelehnten Flüchtlingen auf der Tagesordnung.

In Deutschland scheint es wieder eine Sehnsucht nach Heimat zu geben, insbesondere nach den Fragen „Wer sind wir?“ und „Wie können wir unsere Heimat erhalten und gestalten?“. Diese Fragen wurden allerdings schon in der deutschen Romantik im 19. Jahrhundert diskutiert. Neuerdings gibt es ein Heimatministerium sogar auf Bundesebene. Das Heimatministerium will sich vor allem um strukturschwache Regionen kümmern, vielleicht wird es auch verstärkt deutsche Kultur fördern.

Sind wir in der Mitte Europas auf dem Weg, eine „Festung Europa“ auszubauen? Halten Nationalismus und Eurozentrismus wieder Einzug in die Köpfe der Menschen und der politisch Verantwortlichen?

Konfliktvolle historische nationale Entwicklungen

Das Verhältnis der einzelnen Menschen zur staatlichen Ordnung war in der Geschichte lange Zeit davon geprägt, dass die Menschen Untertanen eines Herrschers waren. Im Feudalismus waren viele Menschen „Leibeigene“ eines Adligen. Im Mittelalter lebten in Mitteleuropa auch etliche Bürger in freien Reichsstädten. „Stadtluft macht frei“, lautete das entsprechende Schlagwort dazu.

nen Gegebenheiten übereinstimmten, führten in einigen neuen Staaten dazu, dass die vormalige staatstragende Ethnie nun einen Minderheitenstatus einnahm. Weitere Konflikte waren somit vorprogrammiert. Im Laufe des 20. Jahrhunderts wurden nicht selten ganze Bevölkerungsgruppen „ausgetauscht“ bzw. verfolgt und vertrieben.

Noch heute im 21. Jahrhundert gibt es Versuche, neue Staaten zu gründen, Teile des Staatsgebietes abzuspalten oder sich eventuell dem Nachbarland anzuschließen. Die Liste der nationalen und separatistischen Konflikte ist lang, in Europa zum Beispiel: Katalonien, Baskenland, Schottland, Nordirland, Flandern, Südtirol, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Zypern, Krim und Ostukraine. Auch im Nahen Osten ist das Bestreben der Kurden um Autonomie und Unabhängigkeit Anlass für kriegerische Auseinandersetzungen. Der religiöse Fanatismus sektiererischer Glaubenskrieger kommt dort noch hinzu.

Nationalismus führt meist zu Ausgrenzung

Der Nationalismus wird oft als ein ideologisches Heilmittel angesehen, mit dem sich vorhandene soziale und gesellschaftliche Probleme zu lösen scheinen. Meist führt diese Form von Nationalismus aber zu neuen gewaltsamen Auseinandersetzungen, ohne dass die eigentlichen Probleme gelöst werden. Natürlich kann man nicht alle Unabhängigkeitsbewegungen der Geschichte in einen Topf werfen und pauschal kritisieren. Mahatma Gandhi in Indien und Nelson Mandela in Südafrika haben vorbildhaft mit friedlichen Mitteln um Unabhängigkeit bzw. für Gleichstellung aller Bürger/innen und gegen Rassismus gekämpft.



Zahlreiche Besucher aus Politik, Verwaltung, Vereinen und gesellschaftlichen Organisationen beim Neujahrsempfang des Integrationsrates 2018; Foto: Archiv Integrationsrat (IR)

Das Blatt wendete sich in der Zeit der Aufklärung am Ende des 18. Jahrhunderts. Das Volk und die Nation kamen mit der amerikanischen und mit der französischen Revolution ins Spiel. Dabei wurde das Volk zunächst erst einmal als die Masse der Wohnbevölkerung im Gegensatz zu den privilegierten Adligen gesehen. Das Volk wurde somit zum Souverän anstelle des Königs oder der Adligen. Aus den ehemaligen Untertanen wurden Bürger von Nationalstaaten (in der Regel von Republiken), zumindest die Männer. Dieser Wandel ging natürlich nicht automatisch und gewaltlos voran. In einigen Teilen Europas – wie zum Beispiel in der Habsburger Donaumonarchie Österreich-Ungarn oder im Osmanischen Reich – gingen die aus vielen Völkern bestehenden Imperien erst am Ende des 1. Weltkriegs unter. Der Prozess der Nationwerdung ging einher mit der Ideologie: ein Staat, ein Volk, eine Sprache, ein Staatsgebiet, manchmal auch „eine Religion“. Diese Versuche einer Vereinheitlichung, die oft gar nicht mit den gewachse-

Doch meist hat der moderne Nationalismus die sozialen und gesellschaftlichen Probleme des Landes nicht gelöst. Vielfach wurden und werden dadurch neue Feindbilder aufgebaut. Nationalismus führt in der Regel zu Ausgrenzung (ebenso wie religiöser Extremismus). In Deutschland führte der extreme Nationalismus in eine historisch unsägliche Katastrophe. Manche Formen des modernen Nationalismus kommen durchaus in einem modernen, manchmal sogar linkem oder linksliberalem Kleid daher. Es ist sicherlich sinnvoll immer genau hinzuschauen und eine Analyse des jeweiligen politischen Geschehens zu machen.

Einige neurechten Bewegungen wie beispielsweise PEGIDA oder neurechte Parteien in Europa stellen die kulturelle Abgrenzung Europas gegen den Islam in den Mittelpunkt ihrer Agitation. Es wird die aus der Zeit der Kreuzzüge stammende Ideologie des Kampfes gegen das Orientalische, gegen das Andere und Fremde schlechthin, wiederbelebt.

Grußwort des Oberbürgermeisters

Liebe Leserinnen und Leser,

die Integrationspolitik in Deutschland war in den vergangenen Jahren stark durch die Zuwanderung von Flüchtlingen geprägt. Im Windschatten der Flüchtlingszuwanderung sind jedoch auch die Zahlen der Zuwanderung aus den EU-Staaten deutlich gestiegen. Die Integrations- und Gesellschaftspolitik der Stadt Nürnberg muss sich daher daran messen lassen, diese Gruppen wie auch die seit langem hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer gleichberechtigt zu berücksichtigen.



Oberbürgermeister
Dr. Ulrich Maly

Die Stadt hat dazu dem Integrationsprozess eine Struktur gegeben, die von vielen Akteuren getragen wird. Der Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung berät den Stadtrat in allen Fragen, die Zuwanderinnen und Zuwanderer in Nürnberg betreffen und im Wirkungskreis der Stadt liegen. Im Kuratorium für Integration und Menschenrechte sind alle maßgeblichen gesellschaftlichen Kräfte der Stadtgesellschaft vertreten. Das Kuratorium begleitet die Entwicklung der Integrationspolitik der Stadt. Der verwaltungsinternen Koordinierungsgruppe Integration gehören Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Planungs- und Koordinationsaufgaben aus allen Referaten und Geschäftsbereichen der Stadt an. Das Gremium sorgt für gegenseitige Information und stimmt relevante Vorhaben ab.

Diese Struktur hat entscheidend dazu beigetragen, dass das Thema Integration in allen Bereichen der Stadtverwaltung übergreifend gedacht und bei der Angebotsplanung berücksichtigt wird.

Grundlage für die Arbeit der Verwaltung sind die Leitlinien des Integrationsprogramms der Stadt Nürnberg. Die Leitlinien wurden 2004 vom Stadtrat beschlossen. In 15 Punkten wurden damals die Grundlagen und die integrationspolitischen Ziele formuliert. Insbesondere betonten die Leitlinien, dass die Gestaltung der kommunalen Integrationspolitik eine Querschnittsaufgabe der ganzen Stadtverwaltung darstellt. Integration ist keine einseitige Eingliederungsleistung der Menschen mit Migrationshintergrund, sondern ein wechselseitiger Prozess, der allen in der Stadt lebenden Menschen Annäherungsprozesse abverlangt.

Nach über zehn Jahren war es an der Zeit, die Leitlinien zu überprüfen und anzupassen. 2017 wurde auf der 6. Nürnberger Integrationskonferenz diskutiert, wo die Leitlinien noch den aktuellen Herausforderungen entsprechen, welche Formulierungen geändert und welche Themen neu aufgenommen werden müssen. In Abstimmung mit dem Integrationsrat und der Politik wurden dann die neuen Leitlinien formuliert, die im Sommer dieses Jahres dem Stadtrat zur Abstimmung vorgelegt werden.

Die neuen Leitlinien stehen unter dem Motto „Vielfalt schätzen. Teilhabe stärken. Zukunft gestalten“. Sie beschreiben Integration weiterhin als einen wechselseitigen Prozess. Die Gestaltung des Zusammenlebens in der Stadt ist Aufgabe aller Bürgerinnen und Bürger. Integration soll das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen auf der Basis gemeinsamer Werte und auf der Basis der Menschenrechte ermöglichen. Die Stadt verpflichtet sich zur interkulturellen Öffnung, zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz, zur Wertschätzung kultureller Vielfalt und zur gleichberechtigten Teilhabe aller in Nürnberg lebenden Menschen. Mit den Leitlinien verpflichtet sich die Stadt Nürnberg zu einer Integrationspolitik, die in einer starken Alltagsdemokratie den Austausch von Meinungen und das Aushandeln von Interessensgegensätzen und die Regelung von Konflikten ermöglicht. Nur so kann es gelingen, einen Blick für Gemeinsamkeiten in der Vielfalt zu entwickeln, ohne Unterschiede zu leugnen. Vielen Dank an alle, die sich mit ihren Anregungen und Ideen an der Weiterentwicklung der Leitlinien beteiligt haben und die auch künftig dazu beitragen, diese Grundsätze mit Leben zu füllen.

Ihr

Dr. Ulrich Maly

Fortsetzung Seite 2 oben

Fortsetzung von Seite 1

Miteinander in Vielfalt und Respekt

Heute sollten wir uns in der Mitte Europas jedoch primär die Frage stellen: Wie wollen

nierungen behandelt werden. Wichtig ist, dass wir das Miteinander respektvoll gestalten und gemeinsam nach Lösungen suchen. Das

meist ganz andere Probleme. Alle hier geborenen und aufwachsenden Kinder und Jugendliche sind ein Teil dieser Gesellschaft, unabhän-

verfassungskonform. Und das reicht. Somit sind unsere Werte und Normen festgelegt, in den Schulen und Bildungseinrichtungen werden sie entsprechend eingebracht. Der weitere Ausbau der Menschenrechtsbildung wäre durchaus sinnvoll. Der Begriff Leitkultur hingegen ist gar nicht definierbar. Von welcher ‚Kultur‘ sprechen wir denn? Es gibt abertausende Kulturbegriffe. Bei der Diskussion um Leitkultur läuft man Gefahr, eine bestimmte Kultur als höherwertig und andere entsprechend als niedriger in der Hierarchie anzusehen. Diese Diskussion bringt uns nicht voran.

Verschiedene kulturelle Orientierungen

Auch die Debatte, ob der Islam zu Deutschland gehöre, ist überflüssig wie ein Kropf. Die verschiedenen kulturellen Orientierungen, Werte und Normen sowie gesellschaftlichen Verhaltensweisen der Menschen in Europa haben historisch viele Quellen.

Die Siebentagewoche verdanken wir den Babyloniern, die Grundzüge der Geometrie den Ägyptern, die Philosophie und das wissenschaftliche Denken den Griechen, die christliche Religion den Juden, die Grundzüge des Rechts den Römern, die Zahlen den Arabern, viele medizinische Kenntnisse den Persern und Arabern, die Bewässerungstechnik den Mauren, die Kuppelkirchen den Byzantinern, die mittelalterlichen Übersetzungsschulen in Spanien den Muslimen, Christen und Juden, die Kaffeehauskultur den Osmanen, wesentliche Musikstile den Roma und Sinti usw.

Europa ist wie ein Puzzle aus vielen kulturellen Teilen zusammengefügt. Wir sollten alles tun, um dieses interkulturelle Friedensprojekt mit humanistischem Engagement und demokratischer Beharrlichkeit zu verteidigen.

Friedrich Popp, Leiter der Geschäftsstelle des Integrationsrates



Besucherinnen und Besucher des Südstadtfestes; Foto: Archiv Integrationsrat

wir zusammen leben? Wie wollen wir die Vielfalt gestalten? Wir brauchen uns schon lange nicht mehr mit der Frage beschäftigen, ob wir in einer multikulturellen Gesellschaft leben wollen oder nicht. Die Realität hat diese Frage längst beantwortet. Man braucht nur in den deutschen Städten in die Grundschulen schauen, um festzustellen, dass in den meisten Klassen der Anteil der Kinder mit Migrationsgeschichte oft schon die Hälfte der Klasse übersteigt.

Die Probleme, die es beim Zusammenleben gibt, brauchen wir gar nicht verschweigen. In einem demokratischen Rechtsstaat, in einer humanistisch-offenen Gesellschaft können Konflikte sachorientiert und ohne Diskrimi-

heißt, wir sollten möglichst alle Menschen in den Prozess der Integration bzw. des friedlichen Zusammenlebens einbeziehen.

Heimat ist dort, wo ich mich wohlfühle

Ein Sprichwort sagt: Heimat ist dort, wo ich mich wohlfühle. Viele Kinder und Jugendliche aus Familien mit Migrationsgeschichte fragen sich auch gar nicht mehr, welche Bedeutung die Herkunft ihrer Eltern oder Großeltern hat. Sie sind hier einfach zu Hause, vielleicht fahren sie im Urlaub noch nach Griechenland, Polen, in die Türkei oder nach Spanien. Aber ihre Heimat ist hier in Nürnberg, in Gostenhof, in der Südstadt oder wo auch immer. Jugendliche haben im globalisierten Alltag

gig von der Herkunft ihrer Eltern. Somit ist Nürnberg (oder ein anderer Ort) ihre Heimatstadt und Deutschland ihr Heimatland. Das darf man bei der Diskussion um Heimat und Identität nicht vergessen, sonst läuft man Gefahr, in eine Deuschtümelei zu verfallen und der extremen Rechten Tür und Tor zu öffnen.

Menschenrechte leiten unser Zusammenleben

Auch bei der Diskussion um eine deutsche (oder bayerische) Leitkultur sollte man nicht vergessen, dass die unverrückbare Leitlinie die im Grundgesetz verankerten Menschenrechte sind.

Wer Recht und Gesetze achtet, verhält sich

Anerkennung, Gerechtigkeit und Entwicklung für Menschen afrikanischer Abstammung in der Metropolregion Nürnberg

Robert Katianda

Am 23. Dezember 2013 wurde mit der Resolution 68/237 der UNO-Generalversammlung die Internationale Dekade für Menschen

Vorausgegangen war dieser Resolution die Weltkonferenz von Durban/Südafrika aus dem Jahr 2001. Die dort verabschiedete Erklä-



Treffen der Mandatsträger/-innen afrikanischer Abstammung im CPH in Nürnberg; Foto: Kevin Uguru

afrikanischer Abstammung verabschiedet. Darin verpflichtete sich die internationale Staatengemeinschaft, in den 10 Jahren zwischen 2015 und 2024 Anerkennung, Recht und Entwicklung von Menschen afrikanischer Abstammung zu fördern.

zung benannte explizit die weltweit überproportional verbreitete rassistische Diskriminierung der Schwarzafrikaner/-innen und verurteilte den transatlantischen Sklavenhandel zu Kolonialzeiten sowie die Sklaverei insgesamt als Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Aus dieser Durban-Erklärung ging stringent die o.g. Internationale Dekade für Menschen afrikanischer Abstammung hervor, von der hier die Rede ist.

Die Dekade kann verstanden werden als große, vielleicht einmalige Chance, das Unrecht, das den Afrikaner/-innen in Vergangenheit und Gegenwart zugefügt wurde und noch wird, in die Aufmerksamkeit weiterer Kreise der Öffentlichkeit zu rücken und damit den Anstoß zur Änderung dieser Zustände zu geben. Immerhin sind bereits über 3 Jahre der Dekade verstrichen, und man fragt sich als unbefangener Beobachter: Was hat sich inzwischen für die Menschen afrikanischer Abstammung zum Besseren gewendet?

Offenbar nicht genug, denn inzwischen haben sich bundesweit Mitglieder der afrikanischen Diaspora – darunter auch AfroDeutsche e.V. aus Nürnberg – am 22. Juni 2017 in Berlin zusammengefunden, um dem Menschenrechtsausschuss des Bundestages einen Bericht vorzulegen, in dem sowohl die Dekade mit ihren Zielsetzungen als auch die beteiligten afrikanischen Selbstorganisationen vorgestellt wurden. Damit drang die UNO-Resolution 68/237 zur Ebene der politischen Entscheidungsträger in Deutschland vor. Um der gewünschten Umsetzung auch Nachdruck zu verschaffen, trafen sich im Februar

2018 die afrikanischen Mandatsträger aller politischen Gremien und Ebenen, also vom Bundestag bis zu den kommunalen Integrationsräten, und arbeiteten eine Strategie aus, wie eine Zusammenarbeit zwischen ihnen und den Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung auf den verschiedenen Ebenen gelingen kann.

In Nürnberg möchte AfroDeutsche e.V. den kommunalpolitisch Verantwortlichen und der kommunalen Verwaltung bei der o.g. Thematik mit Expertenrat zur Seite stehen. Vielleicht ist es kein Zufall, dass sich ausgerechnet in Nürnberg die Gruppe der afrikanischen Mandatsträger und -trägerinnen konstituierte: Aufgrund enger Zusammenarbeit zwischen AfroDeutsche e.V. und Engagement Global gGmbH fanden in den Jahren 2015 und 2016 im Caritas-Pirckheimer-Haus sowie in der Karl-Bröger-Str. 9 zwei Gründungssitzungen der „Vereinigung MandatsträgerInnen Afrikanischer Abstammung (VMA)“ statt.

Nicht zuletzt deshalb meinen wir, dass die Stadt der Menschenrechte geradezu prädestiniert ist, bei der Umsetzung der Ziele der Internationalen Dekade in Bayern eine Vorreiterrolle zu spielen.

Robert Katianda, Vorsitzender Afro-Deutsche e.V. und 3. stellvertretender Vorsitzender des Integrationsrates der Stadt Nürnberg

Der Schlüssel zur Integration ist Bildung

Aus der Arbeit des Integrationsrates

Dimitrios Krikelis

Seit knapp 45 Jahren machen in Nürnberg verschiedene Gremien und Menschen in ehrenamtlichen, politischen und kommunalen Institutionen immer wieder Vorschläge zur Verbesserung der sozialen und gesellschaftlichen Lage der eingewanderten Menschen. Darunter befindet sich auch der Integrationsrat – angefangen vom ersten gewählten Ausländerbeirat 1973 und vom Aussiedlerbeirat ab 1984.

Der Integrationsrat hat sich in den vergangenen 12 Monaten mit verschiedenen Themen beschäftigt, zum Beispiel mit der Personalpolitik:

- Mehrfach haben wir Stellung bezogen zu dem restriktiven Arbeits- bzw. Ausbildungsverbot für Asylbewerber mit Aufenthaltsge-stattung oder für Flüchtlinge mit einer Dul-dung. Wir verlangten, dass die sogenannte „3 plus 2“-Regelung, die geflüchteten Auszu-bildenden und Arbeitgebern mehr Rechtssi-cherheit durch Bundesgesetz bieten sollte, auch in Bayern umgesetzt und die Arbeits-erlaubnis flexibler und liberaler gehandhabt wird.
- Wir haben Stellung bezogen zu bundespo-litischen Fragen wie „Keine Abschiebungen nach Afghanistan“, „Keine Abschiebung in

Beim Thema „Flüchtlinge“ streiten sich die Parteien in jüngster Zeit besonders, wie wir in den letzten Wochen und Monate auch bei den Sondierungs- und Koalitionsverhandlun-gen feststellen konnten.

Bei dem für uns wichtigsten Thema, der Bil-dungsfrage, hingegen gibt es so gut wie keine emotionalen Debatten und wir können kaum einen intensiven Wettbewerb der Parteien um die besseren Bildungskonzepte erkennen.

Wie auch die jüngste Pisa-Studie wieder fest-gestellt hat, verbesserte sich in den letzten Jahren zwar der Abstand der Kinder aus so-genannten bildungsfernen Familien zu den

tergrund überproportional hoch und an den Gymnasien und Realschulen unterproportio-nal vertreten sind.

Es wäre an der Zeit, diese Ungleichheit nicht nur zu interpretieren, sondern ein ernsthaftes Maßnahmenpaket dagegen zu beschließen. Die wenigen vorhandenen Ansätze sind nur ein Tropfen auf dem heißen Stein, nötig wäre eine echte Bildungsoffensive. Wir haben dazu viele Vorschläge eingebracht, leider nur mit mäßigem Erfolg. Bildlich gesprochen bräuch-ten wir in Nürnberg neben dem nur für The-orie und Analysen zuständigen Bildungsbüro auch ein Bildungsbüro für praktische und in-tegrative Aufgabenbereiche.

Unsere Vorschläge im Bildungsbereich lauten zum Beispiel:

- Einrichtung eines effektiven (kommunalen) Übergangsmanagements an der Schnittstel-le Grundschulen – weiterführende Schulen
- Schaffung einer kommunalen Anlaufstel-le für Schulfragen, an die sich Eltern und Schüler zu Bildungs- und Schullaufbahnfra-gen wenden können (die Staatsregierung muss da natürlich mit ins Boot geholt wer-den).

Weitere Anregungen sind: der Aufbau einer Koordinierungsstelle für ehrenamtliche „Bil-dungspatenschaften“ nach Vorbild der Bil-dungsbegleiter der Stadt Erlangen. Warum schafft die Stadt Erlangen eine Koordinie-rungsstelle für diese wichtige Arbeit, während in Nürnberg kein kommunales Interesse dar-an besteht?

Wir haben einen ganzen Katalog von Vor-schlägen gemacht, von früher Sprachförde-rung über Ganztageschulen mit verbesserten inhaltlichen Angeboten, längeres gemeinsa-mes Lernen, bis zur Reform des dreigliedrigen Schulsystems. Sicherlich ist da auch manches Utopische darunter, aber wir wünschen uns schon mehr kommunales Engagement.

Positiv und vorbildhaft finden wir z.B. die kommunale Förderung der Elternlotsen für schulische Bildung im Rahmen des Projektes NEST, des Nürnberger Elternbüros Schuler-



Personalreferent Harald Riedel (2. von rechts) zu Besuch in einer Ausschusssitzung des Integrationsrates; Foto: Archiv Integrationsrat

Der Integrationsrat forderte den Stadtrat und die Verwaltung auf, man möge die notwendi-gen Maßnahmen ergreifen, um den Anteil der Beschäftigten und Auszubildenden mit Migra-tionshintergrund bei der Stadt Nürnberg zu erhöhen.

Als konkrete Maßnahmen wurden dabei un-ter anderem vorgeschlagen,

- dass beim Personalamt eine Stelle für die interkulturelle Personalpolitik geschaffen wird, die für eine qualifizierte Person mit Migrationshintergrund und muttersprachli-chen Kenntnissen ausgeschrieben werden sollte,
- dass ein Programm erstellt wird, um gezielt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Auszubildende mit Migrationshintergrund und muttersprachlichen Kenntnissen anzu-werben,
- dass die muttersprachlichen Kenntnisse – neben Deutsch – von der Stadt Nürnberg ausdrücklich als Zusatzqualifikation aner-kannt werden,
- dass der Anteil der städtischen Mitarbeite-rinnen und Mitarbeiter mit Migrationshin-tergrund längerfristig in etwa den gleichen Prozentsatz wie in der Bevölkerung haben sollte.

Leider ging der vorherige Personalreferent in der Sitzung der Integrationskommission des Stadtrats nicht auf unsere Vorschläge ein. Ich bin mir sicher, dass der neue Personalreferent ein offenes Ohr für unser Anliegen haben wird.

Weiteren Themen im letzten Jahr waren:

- Die Nürnberger Stadtverwaltung wurde gebeten, in den Bürgerversammlungen das Thema Integration und Zuwanderung als festen Bestandteil in die einführende Prä-sentation für das jeweilige Stadtviertel auf-zunehmen.

die Kriegsgebiete der Ostukraine“, „Keine Abschiebungen aus dem Schulalltag her-aus“ etc.

- Der Integrationsrat beteiligte sich aktiv im September 2017 vor der Bundestagswahl an der bundesweiten Kampagne „Hier lebe ich, hier wähle ich“.
- Im Herbst 2017 wurden die Interkulturel-len Wochen durchgeführt und die Interkul-turellen Preise des Integrationsrates wurden vergeben.
- Wir haben im letzten Jahr wieder eine Zeitung mit dem Titel „nürnberg interkul-turell“ herausgegeben. Die wichtigsten Be-schlüsse wurden in dem Newsletter „WIR – Wissenswertes vom Integrationsrat“ ver-öffentlicht.
- Zu den Haushaltsberatungen haben wir einen Forderungskatalog aufgestellt, unter anderem mit den Forderungen
 - * dauerhafte Fortsetzung der Stelle des Beauf-tragten für Diskriminierungsfragen,
 - * Wiedereinrichtung der ZAM, der Zentralen Anlaufstelle Migration,
 - * längerfristige Fortsetzung der medizini-schen Fachstelle für Flüchtlinge mit Fach-stelle Trauma etc.
- Der Integrationsrat bat darum, in Nürnberg eine Einbürgerungskampagne durchzu-führen. Alle Nürnberger Bürgerinnen und Bürger, welche die rechtlichen Vorausset-zungen für eine Einbürgerung erfüllen, soll-ten ein Informationsschreiben erhalten und eingeladen werden, den Schritt der Einbür-gerung zu gehen.

Als nächstes Thema wollen wir uns mit dem Problem der Wohnungsnot beschäftigen. Wie kann Nürnberg ein verstärktes Angebot von ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum für die neu nach Nürnberg zugezogenen Menschen schaffen?

besser gestellten. Aber die sozial schwächeren Familien – und leider gehört eine große An-zahl der Zugewanderten dazu – stehen nach wie vor schlechter da (auch im Vergleich zu anderen wirtschaftlich starken Staaten).



Dimitrios Krikelis (links) mit Hediye Erdem und Charoula Daskalaki beim Neujahrsempfang des Integrationsrates 2018; Foto: Integrationsrat

Der Integrationsrat erfüllte hier seine Pflicht und machte dem Stadtrat und der Verwaltung immer wieder Vorschläge in Form von schrift-lichen Anträgen.

Im vor kurzem vorgestellten 4. Bildungsbe-richt des Nürnberger Bildungsbüros wird bei-spielsweise dargelegt, dass in Nürnberg nur 27 % der nichtdeutschen Kinder einen Über-tritt an ein Gymnasium schaffen, aber 47 % der deutschen Kinder. Seit Jahren ist bekannt, dass an den Nürnberger Mittelschulen die Schülerinnen und Schüler mit Migrationshin-

folg und Teilhabe, das beim Pädagogischen Institut angesiedelt ist.

Der Schlüssel zur Integration ist Bildung. Bil-dung ist die Wunderwaffe gegen Armut und soziale Ungleichheit. Bildung ist Integration – nicht nur für Menschen mit Migrationshin-tergrund, sondern für alle Menschen in der Gesellschaft.

Dimitrios Krikelis ist Vorsitzender des Integ-rationsrates der Stadt Nürnberg;
Rede zum Neujahrsempfang des Integrati-onsrates am 02.02.2018

Doppelte Staatsangehörigkeit und Integration

Prof. Dr. Friedrich Heckmann

Das Thema der doppelten bzw. mehrfachen Staatsangehörigkeit taucht – in gewissen Welten – immer wieder im Diskurs über Einwanderung und Integration auf. Es ist dabei nicht selten emotional stark besetzt. Ich werde zeigen, dass das auch nicht ganz unberechtigt ist, da es bei dem Thema um für den Einzelnen, die Gesellschaft und den Staat wichtige Interessen geht.

Weil das Thema emotional stark besetzt ist, möchte ich aus einer eher analytischen Perspektive an das Thema herangehen, mich aber nicht scheuen, auch zu einer klaren politischen Schlussfolgerung und Empfehlung zu kommen.

Ich werde zuerst versuchen, folgende Fragen zu beantworten:

- Was ist Staatsangehörigkeit?
- Was sind ihre Merkmale?
- Was ist ihre Bedeutung für den Einzelnen, die Gesellschaft und den Staat?

Das „Wesen“ der Staatsangehörigkeit zu verstehen ist tatsächlich eine grundlegende Voraussetzung für die Beurteilung der doppelten Staatsangehörigkeit. Bei der Diskussion der doppelten Staatsangehörigkeit nehme ich zunächst die Perspektive der einzelnen betroffenen Person ein, diskutiere Vor- und Nachteile dieses Doppelstatus, gehe dann auf die Sicht der Mehrheitsgesellschaft ein und diskutiere darauf Aspekte doppelter Staatsangehörigkeit aus Sicht des Staates. Mit dieser Grundlegung will ich am Ende zu einer Empfehlung kommen.

1. Was bedeutet Staatsangehörigkeit?

Allgemein gesagt bedeutet Staatsangehörigkeit: Mitgliedschaft in einem rechtlich-politischen Personenverband mit Rechten und Pflichten. Der Personenverband ist staatlich verfasst und hat typischerweise auch eine Verfassung. Man könnte auch sagen, Staatsangehörigkeit ist Mitgliedschaft und Zugehörigkeit zum Staat. Sie steht für eine dauerhafte

Verknüpfung von Person und Staat.

Staatsangehörigkeit ist wie jede Mitgliedschaft verbunden mit Rechten und Pflichten. Sie ist aber über den rechtlichen Rahmen hinaus auch Teil der sozialen Identität der Person.

Zunächst zu den Rechten, mit Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

- In der Verfassung garantierte Grundrechte; das sind Schutz- und Abwehrrechte gegen den Staat;
- das Recht auf materielle Grundsicherung, unabhängig von der eigenen Arbeitsleistung;
- das Recht auf Sicherheit und Schutz vor Gewalt;
- das Recht auf Aufenthalt auf dem staatlichem Territorium;
- das Recht auf Reisen;
- das Recht auf diplomatischen und konsularischen Schutz im Ausland; das Recht auf Schutz vor Auslieferung an fremde Staaten;
- das Recht auf politische Partizipation, in demokratischen Staaten.

Zusammenfassend kann man mit Bezug auf die Rechte sagen, dass Staatsangehörigkeit für den Einzelnen eine bedeutsame Ressource für das Handeln ist. Sie wird im Alltag zumeist unhinterfragt als einfach gegeben angesehen. Ihre konkrete Bedeutung ermisst sich erst im Vergleich mit anderen Staatsangehörigkeiten oder bei Verlust, d. h. wenn Menschen staatenlos werden.

Zu den Pflichten, die bei Aufenthalt im Territorium, z. T. auch für Ausländer gelten, gehören:

- Loyalität gegenüber der Verfassung;
- die Gesetze einzuhalten;
- Steuern zu zahlen;
- Politische Partizipation, Mitarbeit im Gerichtswesen;
- Pflichtdienste bis hin möglicherweise der Pflicht, sein Leben einzusetzen.

Neben Rechten und Pflichten hat Staatsange-



Diana Liberova (SPD), Ivona Papak (CSU), Bernhard Jehle (Moderation), Verena Osgyan (Grüne) und Prof. Dr. Friedrich Heckmann (efms) diskutierten über „doppelte Staatsangehörigkeit“; Foto: Archiv Integrationsrat

hörigkeit als Mitgliedschaft in einem staatlich organisierten Personenverband auch Bedeutung als Teil der sozialen Identität von Menschen. Unter sozialer Identität versteht man zum einem, wie ich mich selbst sehe in Bezug auf Mitgliedschaften, Zugehörigkeiten, soziale Beziehungen – wer bin ich? Wozu gehöre ich? –, zum anderen, wie mich andere anhand bestimmter Merkmale beschreiben. Staatsangehörigkeit ist ein Identitätsmerkmal für beide Sichtweisen, wie ich mich selbst definiere, und wie mich andere beschreiben: ich z. B. sehe mich als Nürnberger, Mann, Sportler, Wissenschaftler, Deutscher; andere sehen mich möglicherweise als Älteren, als Mann, Soziologen, Einwohner Nürnbergs mit westfälischem Migrationshintergrund und als Deutschen. Auf die komplizierten Beziehungen zwischen Selbst- und Fremdbild der sozialen Identität kann ich hier nicht eingehen.

Wichtig ist und bleibt festzuhalten: soziale Identität ist nicht ein neutrales Faktum, son-

dern für die Menschen mit starken Emotionen, Identifizierungen und Loyalitätsgefühlen verbunden. (Olympische Spiele, Freude, die Fahne des Landes zu tragen bei Sportlern, über Erfolge des eigenen Landes bei Zuschauern).

Das macht es auch psychologisch schwer, seine Staatsangehörigkeit aufzugeben. Wissenschaftliche Untersuchung haben z. B. gezeigt, dass es bei Wechsel der Staatsangehörigkeit Gefühle des Verrats bei den Betroffenen und auch Anschuldigungen dieser Art bei Freunden und Verwandten gab, als man die bisherige Staatsangehörigkeit für die deutsche aufgeben musste (efms*).

Kurz zur Beziehung zwischen Staatsangehörigkeit und Integration: Staatsangehörigkeit kann bei Geburt von den Eltern oder vom Aufenthalt auf einem Territorium abgeleitet oder durch Einbürgerung erworben werden. Für Integration bedeutet Einbürgerung den Erwerb voller staatsbürgerlicher Mitgliedschaftsrechte und Pflichten, ohne dass damit schon immer die volle gesellschaftliche Anerkennung der Zugehörigkeit erreicht wird.

2. Die einzelne Person und doppelte Staatsangehörigkeit

Als wir im efms vor mehr als zehn Jahren eine Untersuchung über Einbürgerungsmotive machten, fanden wir – und das war keine große Überraschung – dass instrumentelle Motive, also Vorteile durch den neuen Status, eindeutig im Vordergrund standen. Das gilt auch für den Erwerb einer weiteren Staatsangehörigkeit. Der Zugewinn einer weiteren Staatsangehörigkeit bedeutet im Allgemeinen auch einen Zugewinn an Ressourcen.

Man kann folgende Vorteile für den Einzelnen bei doppelter Staatsangehörigkeit identifizieren:

- Eine Vergrößerung der Handlungsmöglichkeiten, des Handlungsspielraums; viele Briten lassen sich z. Zt. einbürgern; sie können als Noch-EU-Bürger zwei Staatsangehörigkeiten haben und nach dem Brexit im Unterschied zu anderen Briten nun auch als Deutsche weiter die Vorteile des EU-Status ausnutzen.
- Schutz- und Sicherheitsrechte in zwei Ländern; das hat allerdings noch eine andere Seite, auf die ich bei den Nachteilen bzw. Problemen eingehe;
- Aufenthaltsrechte in zwei Ländern;
- Ausübung politischer Rechte wie Wählen in



Einmal im Jahr lädt der Oberbürgermeister Dr. Maly alle neu in Nürnberg Eingebürgerten in den Historischen Rathaussaal zu einem feierlichen Empfang ein; Foto: Archiv Integrationsrat

- zwei Ländern;
- Unter bestimmten Bedingungen auch Erweiterung der Reisemöglichkeiten;
- Bei Migranten der ersten Generation kann man sagen, die doppelte Staatsangehörigkeit spiegelt die Biographie mit dem Wechsel des Lebensmittelpunkts.

Nun zu den Nachteilen bzw. Problemen:

- Allgemein: doppelte Pflichten bzw. doppelte Loyalitätserwartungen; besonders dann ein Problem, wenn die beiden Staaten, deren Angehöriger ich bin, im Konflikt sind;
- Unter Umständen doppelte Militärverpflichtung;
- Bei Reisen in ein Land im Konfliktfall die Gefahr, zum Militärdienst eingezogen zu werden;
- Konsularischer Schutz ist nicht oder nur ganz schwierig realisierbar, wenn Gewalt ausübender Staat die Schutzversuche eines anderen abwehrt mit dem Argument der Nichtzuständigkeit: das ist mein Mann, meine Frau, das geht dich nichts an; der Fall Yücel hatte diese Dimension. Erst nach riesigem politischen Aufwand war die Türkei bereit, die Schutzversuche Deutschlands anzuerkennen.
- Unter Umständen, nicht immer, soziale Identität zu finden. Es ist möglich, beide Identitäten zu integrieren, was allerdings schwierig wird, wenn Wertsysteme sehr unterschiedlich sind oder die beiden Länder der Staatsangehörigkeit im Konflikt sind. Der Zugehörigkeitskonflikt besteht darin: Mit wem identifiziere ich mich? Wo gehöre ich hin? Wem gilt meine primäre Loyalität?
- Wenn doppelte Staatsangehörigkeit verbunden ist mit häufigem Wechsel des Lebensmittelpunkts gibt es Probleme der Stabilität und Kohärenz der Sozialisationsbedingungen; das wird häufig zur Erklärung schlechter Bildungserfolge herangezogen;
- Probleme des internationalen Privatrechts, die ich hier aber nicht im Einzelnen erläutern kann (Familienrecht; Eheschließung, Scheidung; Erben).

3. Doppelte Staatsangehörigkeit aus Sicht der Einzelstaaten

Staaten mögen im Allgemeinen die doppelte Staatsangehörigkeit nicht, es sei denn, sie verfolgen damit außenpolitische oder finanzielle Interessen. Sie wollen klare Loyalitätsverhältnisse und verlangen deswegen bei Einbürgerung die Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit; andere, wie z. B. die USA, mögen auch nicht weitere Staatsangehörigkeiten bei der Einbürgerung, ignorieren diese aber einfach und behandeln den Neubürger wie einen Einstaater; die in Deutschland unter bestimmten Bedingungen mögliche Hinnahme einer weiteren Staatsangehörigkeit zeugt auch nicht gerade von Begeisterung für Mehrfachstaatsangehörigkeit.

Das Operieren mit doppelter Staatsangehörigkeit als außenpolitisches Einflussinstrument ist nicht gerade Frieden stiftend bzw. guten zwischenstaatlichen Beziehungen förderlich. Die Türkei war lange Zeit sehr zufrieden mit doppelter Staatsangehörigkeit in Deutschland, weil sie damit Kontrolle über die ausgewanderten Menschen behält und sie für ihre Interessen in Europa einsetzen zu können glaubt. Und die neue konservativ-rechte Koalition in Österreich zündelt am österreichisch-italienischen Verhältnis und in Südtirol, wenn sie

den Südtirolern die österreichische Staatsbürgerschaft anbietet.

Ein letztes Motiv der Staaten für doppelte Staatsangehörigkeit ist auch nicht gerade ehrenwert: Geld machen. Die zypriotische Regierung verkauft regelrecht ihre und damit eine EU-Staatsbürgerschaft an russische Oligarchen; ich hab noch nicht gehört, dass man von ihnen die Aufgabe der russischen Staatsangehörigkeit verlangt.

4. Doppelte Staatsangehörigkeit und Integration: Empfehlungen

In den Beziehungen von Mehrheitsgesellschaft und Zugewanderten kann doppelte Staatsangehörigkeit als unberechtigte Privilegierung empfunden werden, Vertrauensbildung behindern, zu Spannungen führen und Vorurteile bestärken. Zweifel an der Loyalität der Doppelstaatler können und werden von Populisten zur Schürung von Ablehnung und Hass gegenüber Einwanderern genutzt.

In Abwägung der verschiedenen Gesichtspunkte möchte ich empfehlen:

1. Doppelte Staatsangehörigkeit für die erste Generation zu ermöglichen; sie spiegelt die doppelten Prägungen und Bindungen der Migrationsbiographie und verlangt keinen Bruch mit den emotionalen Bindungen der ersten Lebensphase. Doppelte Staatsangehörigkeit kann aber keinesfalls empfohlen werden, wenn es Spannungen zwischen den Staaten gibt und die ausgewanderten Menschen als außenpolitisches Instrument genutzt werden sollen.
2. Die zweite Migrantengeneration hat von Anfang an ihren Lebensmittelpunkt im neuen Land. Es unterstützt ihre Schutz- und Sicherheitsinteressen, ihre Sozialisation, Zugehörigkeitsorientierung und soziale Identität, wenn sie eine Staatsangehörigkeit hat.
3. Wenn Menschen in Not vor Verfolgung sind – in der Geschichte gibt es das Beispiel von verfolgten Juden – können unter Umständen mehrfache Staatsangehörigkeiten lebensrettend sein. Aber diese Situation der Verfolgung ist keine Orientierung für unseren Integrationsdiskurs in Nürnberg.

Prof. (em.) Dr. Friedrich Heckmann, Co-Leiter des efms, Institut an der Universität Bamberg

Friedrich Heckmann hat diesen Vortrag im Rahmen der Veranstaltung des Integrationsrates „Doppelte Staatsbürgerschaft – hinderlich oder nützlich für die Integration?“ am 22.03.2018 in der Villa Leon gehalten.

*) efms = europäischen forum für migrationsstudien



Willkommen in der deutschen

Staatsangehörigkeit

Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly im Interview mit Horst Göbbel

Am 10. November 2017, am Abend, als auf Einladung von OBM Dr. Maly zahlreiche Neueingebürgerte sich im Großen Saal des Heilig-Geist-Hauses zur jährlichen Einbürgerungsfeier trafen, stellte Horst Göbbel dem Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg einige Fragen.

HG: Herr OB Dr. Maly, Einbürgerung, heute Ihr Thema hier. Ist die Einbürgerung wirklich eine gute Möglichkeit, auch für die Bürger, die aus anderen Ländern zu uns gekommen sind, hier auch einzusteigen?

Dr. UM: Ja, ganz sicher. Zunächst gibt es bestimmte Voraussetzungen, die erfüllt werden müssen. Man kriegt sie ja nicht sofort, man muss eine bestimmte Zeit hier sein, muss für seinen Lebensunterhalt sorgen können, man muss die deutsche Sprache beherrschen – eine wichtige Voraussetzung. Aber erst danach – wir haben es auch heute von den beiden Eingebürgerten gehört, die zu uns gesprochen haben – ist das Gefühl da, richtig dazugehören, weil man mitwählen kann, weil man alle politischen Rechte besitzt. Ob das dann in Verbindung mit einer doppelten Staatsangehörigkeit oder mit der Entlassung aus der vorherigen geschieht, ist vielleicht gar nicht so wichtig. Die Einbürgerung ist, wenn man so will, das letzte Mosaiksteinchen in

Jemand, der sagt, ich habe meine alte Heimat, mit der mich noch viel verbindet, aber ich will die politischen Rechte in der neuen Heimat auch, und solange das etwas Individuelles ist, was zur Lebenslage passt, sehe ich das Problem nicht. Wenn dieses Instrument politisiert wird, wie es speziell im Fall der Türkei der Fall war, dann wird es tatsächlich zum Problem.

HG: Ein drittes und letztes, und zwar Sie haben gerade von diesem Antrag des Integrationsrates bezüglich Einbürgerung gesprochen. Der Integrationsrat denkt auch darüber nach, dass die Stadtverwaltung, also Sie als Oberbürgermeister, dann einladen sollten zur deutschen Staatsangehörigkeit, dass man bereit sein sollte, dass man das machen sollte. Sie haben auch Gründe, die dafür und dagegen sprechen. Können Sie das kurz noch einmal zusammenfassen?

Dr. UM: An und für sich finde ich die Idee gut, dass wir, wenn jemand die Voraussetzungen erfüllt, auch sagen: hör‘ mal zu, der Staat würde es begrüßen, wenn du den deutschen Pass beantragst. Die Freude darüber ist ja auch der Grund für die Einbürgerungsfeier. Die Einbürgerung ist aber auch immer an eine ganze Latte an individuellen Voraussetzungen gebunden, die wir im Einzelfall nicht oder nicht alle kennen – wir wissen, wie lange je-



Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly im Historischen Rathaussaal; Foto: Archiv Integrationsrat

dem Mosaik der neuen Heimat.

HG: Ja. Sie haben gerade den Begriff der doppelten Staatsangehörigkeit genannt. Nun ist es ja bei EU-Bürgern kein Thema. Im Prinzip geht es ja um Drittstaatenangehörige und in unserem Fall speziell auch um die sehr, sehr vielen türkischen Mitbürger, die in Deutschland leben. Ich höre auch bei uns im Integrationsrat immer wieder davon, dass wir eigentlich alles tun müssten, um die doppelte Staatsangehörigkeit zu forcieren. Wie stehen Sie dazu?

Dr. UM: Ich habe da zwei Herzen in meiner Brust. Ich finde nicht, dass sie die Regel sein sollte. Ich bin aber auch kein Anhänger der These „man kann nur einem Herrn dienen“, was bei den Gegnern im Wege steht. Gerade für die türkische Staatsangehörigkeit hat das durchaus problematische Seiten, weil wir erlebt haben, wie stark Erdogan bei seinen Auftritten in Deutschland und auch mit den Botschaften aus der Türkei versucht hat, sozusagen die nationalistische Karte zu spielen. Für mich war die doppelte Staatsbürgerschaft eigentlich immer etwas ganz Individuelles.

mand in Deutschland lebt, manchmal wissen wir auch, ob das mit dem Lebensunterhalt klappt, aber wir wissen z.B. nicht, welcher Deutschkurs absolviert worden ist, solange bis der Einbürgerungsantrag gestellt wird. Wenn wir also von uns aus einladen würden, dann würden wir auch Menschen einladen, die die Voraussetzungen nicht erfüllen und die würden wir dann frustrieren. Insofern müssen wir geeignete Formen der Information finden, denn mit einer so allgemeinen Einladung, so nett sie gemeint ist, wird vielleicht mehr Ärger verursacht als sie tatsächlich Menschen glücklich macht. Und dann ist es immer eine schlechte Lösung.

HG: Also Information ist natürlich ganz wichtig. Aber es geht auch um diesen Impetus, auch die Stadtspitze freut sich über diejenigen, die das unternehmen.

Dr. UM: Die Einbürgerungsfeier ist der beste Beweis dafür. Wir wollen die Menschen willkommen heißen in der deutschen Staatsangehörigkeit, und natürlich freuen wir uns darüber!

HG: Wunderbar. Herzlichen Dank.

Ein, zwei, drei Staatsbürgerschaften – oder was?

Friedrich Popp

Vielen ist es gar nicht bewusst und es fällt auch gar nicht mehr auf: in Deutschland leben einige Millionen Menschen mit einer doppelten Staatsbürgerschaft.

Seit der Reform des Einbürgerungsrechtes im Jahre 2000 erhalten hier geborene Kinder von Eingewanderten unter bestimmten Voraussetzungen (langfristiger legaler Aufenthalt eines Elternteils) automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Die ursprünglich vorgesehene „Option“, sich dann mit spätestens 23 Jahren für eine Staatsangehörigkeit entscheiden zu müssen, wurde 2014 wieder fallen gelassen.

Aussiedler und Spätaussiedler gelten auf Grund der Gesetzeslage als Volksdeutsche. Sie erhielten nach der Einreise in der Regel umgehend den deutschen Pass, eine Ausbürgerung aus dem Herkunftsland wurde von ihnen nicht verlangt. Viele blieben so weiterhin zugleich Staatsbürger Russlands, Kasachstans usw. Eine Ausbürgerung wäre mit Kosten verbunden. Viele blieben so einfach Doppelstaatler.

Da einige Länder – wie Iran, Algerien, Argentinien – grundsätzlich nicht ausbürgern, wird bei einer Einbürgerung die doppelte Staatsangehörigkeit „hingenommen“.

Innerhalb der Europäischen Union (EU) wird inzwischen die doppelte Staatsangehörigkeit zugelassen, sofern das jeweilige Herkunftsland den deutschen Staatsbürgern die gleichen Zugangsrechte zur Staatsbürgerschaft gewährt. Viele EU-Bürger/innen nutzen diese Möglichkeit inzwischen.

Auf europäischer Ebene vergeben einige Staaten ihre Staatsbürgerschaft an Staatsbürger von Nachbarstaaten: Ungarn gewährt der ungarischen Minderheit in Rumänien die ungarische Staatsangehörigkeit; Moldawien können die rumänische Staatsbürgerschaft (und

somit auch die EU-Bürgerschaft) erhalten. Zypern bürgert reiche russische Oligarchen ein. Zu innereuropäischen Konflikten führt die Idee der nationalistischen Freiheitlichen Partei Österreichs. Sie möchte den Südtirolern die österreichische Staatsbürgerschaft geben – wohl mit wahlstrategischen Hintergedanken. Über die Hälfte der neu Eingebürgerten in Nürnberg behielt im letzten Jahr eine zweite Staatsangehörigkeit (58 % laut Amt für Statistik). Die doppelte Staatsbürgerschaft in Deutschland und Europa ist also keine Utopie, sondern eine gesellschaftliche Realität. Daher wäre es an der Zeit, dies nicht nur „hinzunehmen“, sondern mal ernsthaft darüber nachzudenken, welchen Sinn es überhaupt macht, ein-zwei-drei Staatsbürgerschaften zu haben. Vielleicht sollte man die Thematik in einem neuen Rahmen analysieren und diskutieren. Zunächst wäre meines Erachtens als erstes die Europäische Union gefordert. Zwar gibt es überall in der EU den bordeauxroten Pass, aber jeweils nur als Nationalpass. Warum sollte es nicht eine europäische Staatsbürgerschaft mit einem europäischen Pass geben? Und unabhängig, welche Landeszugehörigkeit ich ansonsten habe, gilt das Prinzip, dass ich an meinem Wohnort (zum Beispiel nach einer bestimmten Anmeldefrist) das Recht habe, an sämtlichen Wahlen teilzunehmen, also bei der Kommunalwahl, der Landtagswahl, der Parlamentswahl (Bundestag) und der Europawahl. Wenn ich dann als EU-Bürger mit Freizügigkeit morgen nach Athen, Mailand, Valencia, Prag oder Paris ziehe, habe ich nach der vereinbarten Frist die gleichen Rechte dort. Aber das funktioniert nur, wenn ich diese Rechte nur einmal wahrnehme. Für die EU-Bürger würde sich somit das Thema der doppelten Staatsangehörigkeit nicht mehr stellen und alle würden gleichbehandelt wer-

den. Es wäre allerdings eine Einschränkung des Rechtes, an den Wahlen im (fernen) Herkunftsland teilzunehmen.

Gesonderte Regelungen bräuchte man bezüglich der Menschen mit einer Einwanderungs-

werden. Somit wären zumindest zwei Probleme weitestgehend gelöst: Erstens würde dadurch verhindert, dass Politiker des zweiten Bezugslandes die ausgewanderten (ehemaligen) Landsleute für ihre jeweilige Politik



Zwei Pässe; Foto: Archiv Integrationsrat

geschichte aus Nicht-EU-Staaten. Sinnvoll erscheint mir, das Prinzip einer aktiven und einer ruhenden Staatsbürgerschaft offiziell einzuführen. Die aktive Staatsbürgerschaft mit sämtlichen Rechten und Pflichten habe ich an meinem Wohnort, die ruhende Staatsbürgerschaft kann ich nach einer gewissen Frist in meinem zweiten Bezugsland wieder reaktivieren (die ehemals aktive ruht dann). Dieses Prinzip müsste natürlich in bilateralen oder internationalen Verträgen verankert

instrumentalisieren könnten. Zweitens würde Klarheit herrschen, dass in Fragen des Militär- oder Friedensdienstes das jeweilige Land der aktiven Staatsbürgerschaft zuständig ist. Vielleicht wird man sich in 30/40 Jahren fragen, mit welcher kleinkarierten Fragen der Staatsangehörigkeit man sich in 2018 beschäftigt hat, da man dann nur noch einen Pass als Mensch oder Weltbürger kennt.

Friedrich Popp ist Leiter der Geschäftsstelle des Integrationsrates der Stadt Nürnberg

Von Neapel nach Deutschland nach Europa

Michele Scala

Heute leben wir in Europa in einer relativen Friedenszeit. Seit dem Untergang des Römischen Kaiserreiches war niemals über 70 Jahre Frieden. Die Europäische Union ist tatsächlich ein Friedensprojekt. Allerdings gibt es weltweit Kriege, die Auswirkungen spüren wir auch in Europa.

Ich möchte etwas von mir erzählen. Da ich 72 Jahre alt bin, erlebten meine Eltern eine schlimme Kriegszeit. Erst nach dem Tod von Mussolini und Hitler haben meine Eltern angefangen zu leben und zu lieben, und so kam ich am 14. Februar 1946 auf die Welt. Ja, ich bin an einem Festtag der Liebe geboren, dem Valentinstag. Als Jugendlicher bin ich meinem Onkel Peppone nachgelaufen, der in der Kommunistischen Partei aktiv war. In dieser Zeit spielt auch die Filmgeschichte von Don Camillo und Peppone. Mein Leben war ein bisschen ähnlich wie im Film dargestellt. Ich war in der kommunistischen Jugend aktiv, zum Begräbnis des Arbeiterführers Togliatti bin ich sogar nach Rom gereist. In der Jugendbewegung habe ich viele positive Erfahrungen für mein Leben gesammelt. Ich habe mich für soziale Gerechtigkeit eingesetzt. Ich war immer und bin noch heute gegen Gewalt.

1968 kam ich als sogenannter Gastarbeiter nach Deutschland, hier habe ich auch meine Familie gegründet. Vor 15 Jahren habe ich mich der SPD und der Arbeiterwohlfahrt angeschlossen. Dort kam ich mit vielen Men-



Michele Scala (rechts) präsentiert bei einem gemütlichen Abend italienische Volksweisen, an der Gitarre wird er von Diana Liberova unterstützt; Foto: Archiv Integrationsrat

schen zusammen und ich habe an vielen kulturpolitischen Diskussionen teilgenommen. Nun habe ich einen Wunsch, einen Traum, und ich denke, er ist möglich. Wir sollten Europa endlich realisieren, ein Europa der tausend Möglichkeiten. Neben dem Europa

der offenen Märkte brauchen wir auch ein soziales Europa der Menschen. Warum muss ich als Italiener und EU-Bürger zum Beispiel meine Pass- und meine sonstigen bürokratischen Angelegenheiten beim Italienischen Konsulat in München erledigen? Klar könnte

ich den deutschen Pass beantragen oder sogar eine doppelte Staatsangehörigkeit erlangen. Wenn ich hier wirtschaftlich verankert bin, hier Steuern zahle und auch meine Familie hier habe, dann bin ich hier zu Hause, auch wenn ich italienische Wurzeln habe. Es wäre wünschenswert, wenn sich die Politik auch mal in eine andere Richtung wendet. Jeder Europäer sollte dort, wo er wohnt, arbeitet und lebt auch alle Möglichkeiten haben, seine Rechte in jeglicher Hinsicht als europäischer Vollbürger wahrzunehmen – einschließlich des vollen Wahlrechts.

Natürlich vergesse ich meine Wurzeln nicht. Ich bin als Neapolitaner geboren und werde es emotional auch bleiben. Man vergisst nicht den Ort, wo man aufgewachsen ist und seine Kindheit verbracht hat. Ich habe noch heute das Haus meiner Kindheit und den Garten mit den Margaritenblumen und den Bäumen vor Augen. Meine selbst gepflanzten Blumen habe ich am Friedhof verkauft. Der Geschmack der Heimat ist ein Teil von mir und geht nicht mehr verloren. Diese Emotionen und Gedanken behält man immer im Kopf. Nun kämpfe ich dafür, dass Europa unser Zuhause wird. Nötig ist ein einheitlicher europäischer Pass!

Michele Scala war Mitglied des Ausländerbeirates von 2004-2010 und des Integrationsrates von 2011-2016

Migration und Populismus

Prof. Dr. Armin Nassehi im Interview mit Horst Göbbel

Prof. Dr. Armin Nassehi (geb. 1960 in Tübingen), renommierter deutscher Soziologe, ist in Tübingen, München, Landshut, Teheran und Gelsenkirchen aufgewachsen. Im Alter von 18 Jahren entschied er sich, sich katholisch taufen zu lassen. Nassehi studierte von 1979 bis 1985 Erziehungswissenschaften, Philosophie und Soziologie in Münster und an der Fernuniversität in Hagen. Von 1988 bis 1994 war er Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Münster. 1992 wurde er in Soziologie mit der Arbeit „Die Zeit der Gesellschaft“ promoviert, 1994 folgte die Habilitation mit einer biografieanalytischen Arbeit über ehemalige Insassen sowjetischer Zwangsarbeitslager. Anschließend lehrte er als Privatdozent in Münster. 1998 übernahm er den Lehrstuhl I für Soziologie an der Universität München.

Am 13. Mai 2017 hielt er in Nürnberg bei der Integrationskonferenz zum Thema „Gemeinsamkeiten in der Vielfalt – sieben Thesen“ den Abschlussvortrag. Nassehi beschreibt Europa als Ergebnis von Integrationsprozessen, Migration als eine europäische Lebensrealität. Er prangert das oft zu beobachtende Schwarz-Weiß-Denken beim Thema Integration an.

HG: Herr Prof. Dr. Nassehi, Sie gehören zu den Mitbürgern mit Migrationsgeschichte, steckt in Ihnen auch so etwas wie Migrationskultur?

Dr. AN: Nein, ich glaube eher nicht, also mein Nachname, der legt es irgendwie nahe, dass ich das möglicherweise bin, Nassehi ist kein westfälischer Landadel, aber ich bin in Deutschland geboren, meine Mutter war

haben. Hier heißt es: „Komplexität und Unübersichtlichkeit stellen den Grund für die Renaissance des Populismus.“ Ich hätte da gesagt „einen“ Grund... „In Deutschland und ganz Europa sind vor allem Migration und Flucht Gegenstand populistischer – ich hab's genannt – „Wortmeldungen“. Aber Migration und Flucht sind sicherlich mehr als ein Gegenstand populistischer Wortmeldungen, oder?

Dr. AN: Natürlich, also ich meine, erst mal muss man sagen, dass Migration und Flucht geradezu eine welthistorische Normalität sind, wir tun jetzt geradezu so, als würde im Moment etwas Besonderes stattfinden. Es ist nicht der Fall, also wenn man allein auf die Bundesrepublik schaut, was ja eine relativ kurze geschichtliche Zeitspanne ist, dann war die Bundesrepublik immer das Ziel sowohl von Flucht als auch von Migration ganz unterschiedlicher Couleur. Aber man kann sagen, Europa ist selbst in seiner heutigen Gestalt das Ergebnis von Migrationsprozessen. Insofern gehörte das immer dazu, der Zusammenhang von Komplexität zurzeit ist schon so, dass wir in einer Zeit leben, in der die meisten Beschreibungen der Gesellschaft, wie wir sie kennen, nationalstaatlicher Natur, was Schichtungen angeht, was sowas wie Selbstverständlichkeiten kultureller aber auch ökonomischer Natur angeht, immer mehr in Zugzwang geraten. Ich würde sagen, dass fast alles, was unsere Gesellschaft ausmacht, inzwischen unsichtbar geworden ist. Und Migration ist eigentlich ein sehr sichtbares Geschehen. Man sieht, dass Leute kommen, die reden anders, die sehen manchmal anders

schon alle Probleme gelöst hat. Wahrscheinlich ist der goldene Mittelweg dazwischen und man muss sehen, dass weder Katastrophen stattfinden noch die Dinge von selbst funktionieren. Das muss man wahrscheinlich lernen. *HG: Hat es auch mit unserem demokratischen Wesen zu tun, dass man zu bestimmten Zeiten, speziell in Wahlkampfzeiten, solche Themen, die so sichtbar sind, deutlich in den Vordergrund stellt, also populistisch, unter Umständen auch behandelt.*

Dr. AN: Also ich meine, die Rede von Populismus ist ja ohnehin auch eine schwierige Rede. Wir dachten ja auch immer so, als hätte es noch vor 2 Jahren nur Politik gegeben, die eindeutige Argumente bringt, ‚sine ira et studio‘ alles rational gelöst hätte, aber das ist nicht der Fall. Politik muss immer zuspitzen, Politik muss eigentlich immer mehr versprechen, als sie eigentlich halten kann. Von Populismus würde ich eigentlich nur reden, wenn wir es mit einer Politik zu tun haben, die so tut als sei sie sozusagen gegen die Eliten gerichtet und würde einen authentischen Volkswillen auf den Begriff bringen können, was natürlich Unsinn ist, aber das funktioniert in der Öffentlichkeit. Insofern muss man natürlich sagen, Politik ist immer eine ‘zuspitzende Veranstaltung’. Da bietet sich dann Migration auch wieder an, wenn man zwischen den Eigenen und den Fremden, zwischen der Selbstverständlichkeit und der Nicht-Selbstverständlichkeit, zwischen dem Gewohnten und dem Ungewohnten, zwischen uns und den anderen unterscheiden kann. Das sind so einfache Unterscheidungen, dass man sich über schwierige Dinge gar keine Gedanken



BLÄTTER

Dogan Ünal

Lasst mich
meine Einsamkeit heute leben.
Ein frischer Wind
der die Blätter tanzen lässt,
erinnert mich an einen Augenblick
der Vergangenheit.
An jenen Tag,
an dem die Äste ihre Blätter verloren.
Dunkle tiefe Winkel bedeckt mit Blättern,
wie knall-gelb-rote Flüsse,
die in das Unendliche flossen.
Und die Unendlichkeit
Verbarg sich im Innern der Blätter.

Ich lebe noch immer diesen Tag,
die nackten Äste,
die den kalten Winter überstanden,
die dem Eis und dem Schnee trotzen,
waren nicht zu brechen.
Sie warteten mit der Hoffnung
auf morgen,
auf die Sonne.
Und wieder war die Erde in Bewegung.
Und wieder ernährte sie die Wurzeln.

Ich möchte jetzt in der Gegenwart leben.
Der frische Wind,
der die Blätter tanzen lässt,
wechselt nun in die andere Richtung.
Die kommenden Tage sind Frühlingstage.
Schau,
die Sonne scheint über uns.
Die Blätter werden tiefgrün dieses Jahr.
Kinder,
die Knospen sind am Blühen,
es keimen wieder neue Blätter heran.

*Dogan Ünal (1965-2017),
Mitglied des Ausländerbeirates 2004-2008*



Prof. Dr. Armin Nassehi im Gespräch mit Horst Göbbel; Foto: Archiv Horst Göbbel

Schwäbin, mein Vater kam aus dem Iran nach Deutschland. Ich hab' eine ganz normale deutsche Sozialisation hinter mir, hab' zwar auch drei Jahre in Teheran gelebt als Kind, als Jugendlicher, aber eigentlich würd' ich nicht sagen, dass ich einen unmittelbaren Migrationshintergrund habe. Wenn ich das lustig ausdrücke, sage ich immer, dass ich mit Gelsenkirchener Abitur bayerischer Ordinarius werden konnte. Das mein ich mit Migrationshintergrund.

HG: Meine Frage nun ganz konkret zu dem, was Sie in Ihrem Buch „Die letzte Stunde der Wahrheit“ – das ist schon mal stark, Wahrheit, das ist schon ein Thema! – geschrieben

aus, die haben manchmal andere Gebräuche. Es ist durchaus so, dass es dabei auch Konflikte gibt, das ist keineswegs so, dass Migration ohne Konflikte abläuft, aber man sieht da etwas. Und ich glaube, dass man sich deshalb so stark auf Migration kapriziert, weil man hier auf einmal etwas Sichtbares hat, an dem man sich geradezu festklammern kann. Das gilt interessanterweise für beide Seiten. Das gilt einerseits für die Kritiker von Migration, für populistische Akteure, das gilt aber auch für diejenigen, die manchmal womöglich zu unkritisch glauben, dass das alles einfach von selber geht und man sozusagen über Verbrüderungsphantasien glaubt, dass man damit

mehr machen kann. Also es ist ja kein Zufall, dass Populisten selten über Steuerpolitik oder Steuerungsfragen gesellschaftlicher Zusammenhänge, über Bildungspolitik oder so etwas diskutieren, weil dafür muss man schon etwas kompliziertere Argumente verwenden als diese Schwarz-Weiß-Argumente, die man beim Migrationsthema verwenden kann.

HG: Ganz lieben Dank, Herr Professor. Ich habe mich sehr gefreut, dass Sie mich als Siebenbürger Sachsen so ohne weiteres hier angesprochen haben. Ja, es ist nachdem, was Sie in Ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit schon erlebt haben und mit Menschen, mit denen Sie zusammen gearbeitet haben,

inzwischen nicht mehr sehr überraschend, nachdem Sie mit Prof. Weber längere Zeit zusammengearbeitet haben.

Dr. AN: Sehr gerne. – Es ist ja auch eine interessante Sprachmelodie, die tatsächlich identifizierbar ist. Ich hör' es auch gerne, muss ich sagen, und ich war auch öfter in Siebenbürgen und wir haben da auch wirklich schöne Sachen erlebt. Das hat mir schon auch sehr gut gefallen – auch in Zendersch, ja.

HG: Ich bedanke mich ganz herzlich.

Dr. AN: Ich danke Ihnen.

Horst Göbbel ist Vorstandsmitglied des Integrationsrates der Stadt Nürnberg

Kampagne „Hier lebe ich, hier wähle ich!“ zur Bundestagswahl

Migrant/innen machen mit symbolischen Wahlen auf Demokratie-Defizit aufmerksam / Integrationsrat Nürnberg fordert politische Teilhabe

Réka Lörincz, Gustavo Rodriguez Arias, Michaela Baetz

Mit enormem Engagement führten die Ausländer-, Migrantinnen- und Integrationsbeiräte Bayerns ergänzend zur offiziellen Bundestagswahl im September 2017 eine Wahlkampagne durch. In sieben Städten Bayerns (u.a.

Die bundesweite Kampagne „Hier lebe ich, hier wähle ich!“

Am 24. September 2017 fand die Bundestagswahl statt. 10% der Bürger/innen durften jedoch nicht wählen, weil sie nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. In Bayern waren es sogar 12% der volljährigen Bevölkerung. In Deutschland gibt es ein „Dreiklassenwahlrecht“: Deutsche Staatsbürger/innen haben vollständiges Wahlrecht, EU-Staatsangehörige haben Kommunalwahlrecht, Drittstaatsangehörige sind ohne Wahlrecht. Auf dieses Demokratie-Defizit machte die bundesweite Kampagne „Hier lebe ich, hier wähle ich!“ aufmerksam. Vor der Bundestagswahl startete der Wahlkampf für politische Partizipation und für gleichberechtigtes Wahlrecht.

Siehe im Internet: <http://wir-wählen.org/>

in München, Nürnberg, Erlangen, Bamberg, Kempten, Lindau, Rothenburg o.d.T.) gab es symbolische Wahllokale und Veranstaltungen. Die Kampagne „Hier lebe ich, hier wähle ich!“ fand bundesweit statt und wurde in Bayern von der AGABY koordiniert. In Nürnberg organisierte der Integrationsrat gemeinsam mit Migrantenselbstorganisationen und Gewerkschaften die Aktivitäten.

Für mehr Demokratie – Die Aktivitäten in Nürnberg

„Der Reifegrad einer modernen Demokratie lässt sich daran messen, wie sie mit ihren Minderheiten umgeht. Leider ist Deutschland noch ein Entwicklungsland in der Frage der Partizipation aller Bürgerinnen und Bürger“, erklärt Dimitrios Krikelis, Vorsitzender des Nürnberger Integrationsrats. Im Rahmen der Wahlkampagne waren es dann die Migrant/innen, die Entwicklungshilfe leisteten. Unter der Federführung des Integrationsrats Nürnberg und der AGABY organisierte ein großes Bündnis aus Migrantenselbstorganisationen und Gewerkschaften die Aktivitäten.

Zuerst wurden im gesamten Stadtgebiet Veranstaltungen durchgeführt, um die Wahlhelfer/innen auf ihre Aufgabe vorzubereiten. Das Bündnis gestaltete Flyer, Plakate, T-Shirts und Banner sowie die Wahlzettel. Die Organisatoren nutzten alle Medien von Zeitung, Facebook bis hin zu Plakatwänden, um für das Wahlrecht für alle zu werben. In den zwei Wochen vor der Bundestagswahl trugen die Wahlhelfer/innen ihre Forderungen auf die Straße. Vom 11. bis 22. September, also unmittelbar vor der Bundestagswahl hatten Migrant/innen, die in Deutschland kein Wahlrecht haben, die Möglichkeit, symbolisch ihre Stimme abzugeben. In Nürnberg standen dafür 15 dezentrale und zwei zentrale Wahllokale in der Innenstadt zur Verfügung.

Bei dieser symbolischen Wahl waren zwei Aspekte wichtig:

- Symbolische Wahlen sind keine Witz-Veranstaltung, sondern haben eine konkrete politische Aussagekraft und wurden so real wie möglich gestaltet. Die nicht wahlberechtigten Nürnberger/innen erhielten Stimmzettel nach der Vorlage der Bundestagswahl (Nürnberg Nord und Süd, Erststimme und Zweitstimme). Die Stimmen wurden geheim abgegeben und in eine echte Wahlurne geworfen.
- Niemand sollte bei den symbolischen Wahlen ausgegrenzt werden. Deshalb konnten wahlberechtigte Bürger/innen eine Solidaritätsstimme abgeben und für oder gegen das kommunale Wahlrecht aller Migrant/innen votieren.

Begeisterte Gesichter bei der Stimmabgabe

Nürnberger/innen mit Migrationshintergrund konnten an den Wahlständen, die mit Wahlkabine und Urnen ausgestattet waren, symbolisch ihre Stimme für die Bundestagswahl abgeben. Ziel war es, auf symbolischer Ebene eine bürgerrechtliche Gleichstellung herzustellen. Intensive Emotionen, begeisterte Gesichter bei der Stimmabgabe, ja sogar Tränen waren kein seltenes Phänomen. Viele der Migrant/innen, die sich beteiligten, durften erstmals in ihrem Leben in einer Wahlkabine geheim abstimmen und ihre Erst- und Zweitstimme in eine Wahlurne werfen. Darunter waren Menschen, die seit zwanzig oder dreißig Jahren ihren Lebensmittelpunkt in

Deutschland haben oder sogar hier geboren sind. Oftmals wurde auch die Absurdität des Wahlrechts sichtbar, wenn Familien zu den Wahlständen kamen. Die Kinder waren bei der offiziellen Bundestagswahl stimmberechtigt, die Eltern aber nicht, die Frau durfte wählen, aber der Mann nicht oder umgekehrt.

Viele Fragen zum politischen System

Bei den Straßenaktionen war das Interesse an der Wahlkampagne hoch und zwar sowohl bei Menschen mit als auch ohne Migrationshintergrund, mit und ohne Wahlrecht. Unermüdlich informierten die über 30 Wahlhelfer/innen die Bevölkerung über das Demokratie-Defizit. Zusätzlich leisteten die ehrenamtlich Engagierten einen wesentlichen Beitrag zur Demokratiebildung. Denn viele Passant/innen nutzten die Chance und informierten sich über das deutsche politische System und das Wahlverfahren – und zwar unabhängig von der Staatsangehörigkeit.

Auch die Bürger/innen mit deutscher Staatsangehörigkeit und damit Wahlrecht wurden von den symbolischen Wahlen nicht ausgeschlossen. Dies war den Organisator/innen sehr wichtig. Die wahlberechtigten Besucher der Wahlstände hatten die Möglichkeit, eine Solidaritätsstimme abzugeben. Sie konnten sich für oder gegen die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle Migrant/innen aussprechen. Rund um die Stimmabgabe wurden zahlreiche angeregte Gespräche und manchmal auch aufgeregte Diskussionen geführt. Bis auf ganz wenige unschöne Wortwechsel waren die Reaktionen der Bevölkerung Nürnbergs auf die Wahlkampagne durchweg positiv.



Aktivistinnen und Aktivisten der Kampagne bei der Stimmenausszählung; Foto: Archiv AGABY (Réka Lörincz)

Über 90 % der Stimmen für die etablierten demokratischen Parteien

Das Ergebnis der symbolischen Wahlen ist zwar nicht repräsentativ und die Stimmen wurden nicht nach offiziellen Standards erhoben, sie liefern dennoch bemerkenswerte Erkenntnisse.

Die öffentliche Auszählung der Stimmen erfolgte durch einen unabhängigen Wahlvorstand und fand in der in ein Wahllokal umfunktionierten Nordkurve in Gostenhof statt. In Nürnberg nahmen insgesamt 1.518 Personen an den symbolischen Wahlen teil. Im bundesweiten Vergleich wurden damit in Nürnberg neben Freiburg die meisten Stimmen abgegeben.

Im Wahlkreis Nürnberg-Süd votierte eine klare Mehrheit der Migrant/innen für die SPD. Die zweitmeisten Stimmen wurden für Die Linke abgegeben, gefolgt von Bündnis 90/Die Grünen und CSU. In Nürnberg-Nord wurden die meisten Stimmen für Die Linke abgegeben, es folgten SPD, CSU und Bündnis 90/Die Grünen. Weitere Parteien, inklusive der AfD blieben deutlich unter 1%.

Im Vergleich ist deutlich erkennbar, dass die Wahlergebnisse der Migrant/innen im Rahmen dieser Kampagne sich von den Ergebnissen der offiziellen Bundestagswahl unter-



Antakya-Nürnberg
Kultur- und

migratioN NORD
KUVE



kunstdunger

Integrationsrat
Nürnberg

DGB
alltätig



scheiden. Diese Ergebnisse und Unterschiede sind jedoch weder repräsentativ noch nach wissenschaftlichen Kriterien aussagekräftig. Deshalb wäre es perspektivisch interessant, die nächsten symbolischen Wahlen durch ein Forschungsprojekt begleiten und auswerten zu lassen.

Klares Votum für Demokratie und das Wahlrecht für ALLE

763 Nürnberger/innen mit deutschen Passgaben eine Solidaritätsstimme ab. 84 % sprachen sich für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle aus (bundesweit: 91 %). „Dieses herausragende Ergebnis zeigt, dass das gesellschaftliche Klima für die Einführung des kommunalen Wahlrechts viel reifer ist als die politischen Parteien“, kommentiert Mitra Sharifi Neystanak, Vorsitzende der AGABY, dieses Ergebnis.

Die Kampagne konnte zeigen, dass die Stimmen der Bürger/innen ohne Wahlrecht zu über 90% an die etablierten demokratischen Parteien gingen und die AfD im Bundestag nicht erwünscht ist. Mit der Stimmabgabe brachten die Migrant/innen ohne deutschen Pass ganz deutlich ihren Wunsch zum Ausdruck, als vollwertige Bürger/innen mit gleichwertigen demokratischen Grundrechten angesehen zu werden. Die hohe Beteiligung an den symbolischen Wahlen und das klare Votum der Solidaritätsstimmen sind eine deutliche Botschaft. Die Menschen mit und ohne Migrationshintergrund wollen das Wahlrecht für alle und damit eine echte politische Integration. „Partizipation und Teilhabe sind Menschenrechte und dürfen Millionen Nicht-Deutschen Staatsbürgern nicht verwehrt werden“, betont DIDE, die Föderation Demokratischer Arbeitervereine, Bündnispartner in der Nürnberger Wahlkampagne. Die Alevitische Gemeinde Nürnberg formuliert als zentrale Forderung: „Der elementare Grundsatz der

aussprechen. Rund um die Stimmabgabe wurden zahlreiche angeregte Gespräche und manchmal auch aufgeregte Diskussionen geführt. Bis auf ganz wenige

Die Integrationsbeiräte und ihre Kooperationspartner halten an ihrer historischen Forderung nach einer politischen Gleichstellung fest.

Bundesweites Presse-Echo

Die Kampagne „Hier lebe ich, hier wähle ich!“ in Nürnberg hatte eine beeindruckende Resonanz in den Medien. Neben der lokalen und regionalen Presse hat auch die Süddeutsche Zeitung über die symbolischen Wahllokale in Nürnberg berichtet. Zudem gab es zum Thema zahlreiche Radio- und Fernsehbeiträge. Die Wahlhelfer/innen gaben Interviews in der Frankenschau Aktuell (BR), in DokThema sowie auf Radio BR2, BR5 und Antenne Bayern. Auch das ARD-Magazin „Monitor“ hat in einer Sondersendung aus Nürnberg berichtet. Sogar in der WDR Live-Diskussionsrunde „Keine Wahl“ war die Nürnberger Kampagne mit dabei.

Der über 30 Seiten lange Pressespiegel kann in der AGABY-Geschäftsstelle bestellt werden.

Kampagne „Demokratie braucht jede Stimme. Kommunales Wahlrecht für Alle!“ der AGABY:

<https://demokratie.agaby.de>

Bundesweite Kampagne „Hier lebe ich, hier wähle ich!“:

<http://wir-wählen.org/>



Demokratie darf nicht weiter vernachlässigt werden, deshalb fordern wir das Wahlrecht für alle!“

Bis zur Einführung des kommunalen Wahlrechts auch für Drittstaatsangehörige werden weiterhin zu jeder Wahl vor Ort symbolische Wahlen durchgeführt. Auch in Bayern.

Auch die Bürger/innen mit deutscher Staatsangehörigkeit und damit Wahlrecht wurden von den symbolischen Wahlen nicht ausgeschlossen. Dies war den Organisator/innen sehr wichtig. Die wahlberechtigten Besucher der Wahlstände, hatten die Möglichkeit, eine Solidaritätsstimme abzugeben. Sie konnten sich für oder gegen die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle Migrant/innen

Sport als Integration

Hilal Toptaş

„Erfolg heißt für mich glücklich zu sein!“ sagt Haşim Çelik im Interview für die Zeitung des Integrationsrates.

Haşim Çelik ist am 17. Juli 1990 in Weissenburg geboren. Der türkischstämmige deutsche Nationalsportler übt seit seiner Kindheit Taekwondo aus.

Der Kampfsport und der Begriff kommen aus dem Koreanischen. TAE steht für Fußtechni-

seines TKD Vereins KSC Leopard Nürnberg e. V. und geht täglich ins Training. Das Training gehört zum Alltag und das Ergebnis zeigt sich durch seine Motivation. Im Jahre 2013 wurde Haşim Çelik Weltmeister in Lausanne/Schweiz. 2014 holte sich der Kampfsportler den 3. Platz bei den Para-Weltmeisterschaften in Moskau/Russland und wurde im selben Jahr Vizeuropameister in Belek/Türkei.



Der türkischstämmige Sportler Haşim Çelik zeigt, wie Integration durch Sport geht; Foto: KWON KG (Sponsor)

ken, KWON für Armtechniken und DO heißt etwa so viel wie Lebensweg und verweist auf den philosophischen Hintergrund.

Mit 11 Jahren hatte er seine erste Begegnung mit dieser Kampfsportart. Damals war er mit seinem Nachbarn, der ihn mit Taekwondo anfreundete, heimlich drei Mal in der Woche im Training. Er begann seine sportliche Laufbahn beim Sportverein ESV Treuchtlingen. Als seine Eltern dies erfuhren, gelang es ihm mit Hilfe seines Nachbarn, sie zu überreden. Die Eltern machten sich um ihn Sorgen. Von Geburt an hat Haşim Çelik Dysmelie. Dies ist eine angeborene Fehlbildung an Zehen und Fingern. Da Taekwondo „der Weg des Fußes und der Hand“ ist, beschloss Haşim Çelik dies auf professionellem Niveau auszuüben und seine Familie unterstützte ihn mit voller Kraft und Leidenschaft.

Ein neuer Lebensabschnitt begann durch Ehrgeiz und Wille an der Bertolt-Brecht-Schule in Nürnberg. Die anerkannte Eliteschule des Sports bietet talentierten Schülern die Möglichkeit, die Ausübung ihrer Sportart und ihre schulische Ausbildung miteinander zu verknüpfen. Der Spagat zwischen Leistungssport und Schule gelang dem Spitzensportler, und er absolvierte mit Erfolg sein Abitur.

Derzeit studiert Haşim Çelik Internationales Management für Spitzensportler an der Hochschule Ansbach. Der Studiengang ermöglicht den Studierenden neben der Sport- und Berufskarriere das Studium durch die Online-Plattform fortzusetzen.

Auch engagiert sich Haşim Çelik politisch, er war bis vor kurzem Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft „Migration und Vielfalt“ der SPD Bayern. Aktuell hat er sein Amt abgegeben, jedoch möchte er weiterhin der Politik erhalten bleiben und sich für Themen wie Migration, Inklusion und Sport widmen. Der Kampfsportler ist bei der Bayerischen Taekwondo Union e. V. Vizepräsident für Wirtschaft und Finanzen. Gleichzeitig kümmert er sich um wirtschaftliche Angelegenheiten

2015 wurde er in Chisinau/Moldawien Europameister.

Der Weltmeister wird gefragt, ob Sport durch Integration gelingen kann. Er ist der Meinung, dass Sport ein starker Motor der Integration ist. Er deutet darauf hin, dass Integration und Inklusion durch Sport gelingen kann. Beides funktioniert nur dann, wenn man einen so behandelt, wie man auch selbst behandelt werden möchte. Er ergänzt: „Sport hat keine Berührungsängste und verbindet Menschen“. Er weist darauf hin, dass jeder Mensch verschieden ist und es falsch wäre zu sagen, dass es ein gewisses Menschenbild gibt. Die Menschen werden in ihrem Charakter durch ihre Stärken und Schwächen unterschieden. Er selbst verfügt über einen starken Charakter und Selbstbewusstsein. Zudem fügt er hinzu, dass jeder Mensch ein Kandidat ist, der potentiell auch behindert sein kann. Man sollte sich glücklich schätzen, wenn man gesund ist. Der erfolgreiche Sportler hat sich bisher nie minderwertig gefühlt. Seine Eltern haben ihn in jeder Hinsicht gefördert und das Gefühl nie vermittelt. Er empfand dies als eine Bereicherung für sein Leben. Damals war er der einzige Schüler mit Migrationshintergrund in der Klasse und berichtet, dass dadurch eine Öffnung der menschlichen Werte und Kultur zustande kam. Es bestand beidseitiges Interesse an der Persönlichkeit und Kultur und somit auch eine Integration aus jeder Perspektive. Auch Sport soll zur Kulturöffnung dienen. Er möchte hinzufügen, dass Toleranz und Empathie eines der wichtigsten Bestandteile für die Integration und zudem des Lebens sind. Denn Sport ist ein Integrationsmotor und dies soll gefördert werden.

Der Integrationsrat bedankt sich bei Haşim Çelik für die Teilnahme an unserer Zeitung „nürnberg interkulturell“ und wünscht ihm alles erdenklich Gute für die Zukunft.

Hilal Toptaş ist Mitglied des Integrationsrates der Stadt Nürnberg

Flucht, Vertreibung, Migration nach dem Ersten Weltkrieg

Horst Göbbel

Kriegsende 1918 und Migration

Flucht, Vertreibung und Emigration sind nicht erst seit dem 20. Jahrhundert Massenphänomene. Jedoch waren am Ende des Ersten Weltkrieges (1918) innerhalb kurzer Zeit viele Millionen Menschen davon betroffen. Schon während des Krieges förderte der ex-



Europa im Jahr 1900

tre Nationalismus die Ausgrenzung von Minderheiten und die Ausbreitung von Fremdenfeindlichkeit. Damals änderte sich das europäische Staatensystem radikal: Die drei Kaiserreiche Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland beendeten ihre Existenz. Deutschland und die Türkei mussten erhebliche Gebietsabtretungen hinnehmen, Österreich-Ungarn zerfiel. Aus dem zaristischen Russland entstand nach Revolution und sehr blutigem Bürgerkrieg die Sowjetunion. Nach 1918 gab es 14 neue Staaten: Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Sowjetunion, Ukraine, Weißrussland, Tschechoslowakei, Österreich, Ungarn, Jugoslawien, Großrumänien und die zusammengeschrumpfte Türkei. 11.000 km Außengrenzen kamen damit in Europa neu hinzu. Die neuen Staaten hatten

meistens mehrere Minderheiten. Die neuen Machtverhältnisse mit neuen Konflikten und die vielen Grenzverschiebungen nach dem Ersten Weltkrieg führten zu Fluchtbewegungen, Vertreibungen und Umsiedlungen, wie es sie vorher nicht gegeben hatte.

Das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn, das Osmanische Reich und Bulgarien als die Kriegsverlierer, waren gezwungen, unmittelbar nach Kriegsende insgesamt mindestens zwei Millionen Menschen aus verloren gegangenen Territorien aufzunehmen. Zudem mussten aufgrund der Friedensverträge zwischen 1919 und 1923 weitere etwa fünf Millionen Menschen unfreiwillig die Grenzen überschreiten.

Deutschland und die Deutschen - Flüchtlingsproblematik nach 1918

Bis um 1925 waren aus abgetrennten Gebieten zusätzlich mehr als eine Million Menschen nach Deutschland zugewandert. (z.B. aus Elsass-Lothringen rund 120.000, ca. 16.000 aus den ehemaligen deutschen Kolonien, etwa 850.000 Deutsche aus Westpolen). Ihre Einwanderung galt als erhebliche Belastung für die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt und das soziale Sicherungssystem der unmittelbaren Nachkriegszeit. Zwischen 1918 und 1933 emigrierten etwa 600.000 Deutsche nach Amerika.

Außerhalb Deutschlands und Österreichs lebten nach 1918 in der Zwischenkriegszeit in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa mehr als 8,6 Millionen Deutsche als deutsche Minderheiten. Es wohnten in Estland, Lettland, Litauen: ca. 250.000, in Polen: offiziell ca. 750.000, tatsächlich mehr als 1 Million, in der Tschechoslowakei: 3,3 Millionen, in Ungarn: ca. 500.000, in Jugoslawien: ca. 550.000, in Großrumänien: ca. 750.000, in der Sowjetunion: ca. 1,5 Millionen Deutsche. Durch Enteignung, durch Vertreibung und auch Mord wurden vielerorts die in Jahrhunderten gewachsenen und dort politisch, kulturell und ökonomisch führenden Eliten in Stadt und Land in kurzer Zeit verdrängt. Als Kriegsverlierer waren sie fast überall Schikanen ausgesetzt, unterdrückt oder an den

Rand geschoben. Dies stärkte insbesondere in der jüngeren Generation das Gefühl, eine Verbesserung ihrer Lage nur mit der Hilfe Deutschlands erreichen zu können. Für das besiegte Deutschland waren jedoch diese deutschen Minderheiten nur nützlich, wenn sie ihre Siedlungsgebiete in Osteuropa nicht verließen. Nach 1933 hat Nazi-Deutschland diese Auslandsdeutschen für eigene Interessen instrumentalisiert. Insbesondere wurden „die deutschen Minderheiten in vollem Umfang in den Dienst des von Deutschland verbrecherisch begonnenen und geführten Zweiten Weltkrieges gestellt“ (Gerald Volkmer - <http://www.bpb.de/apuz/243866/deutsche-minderheiten-im-ausland>). Gegen Ende des Krieges flohen zwischen August 1944 und Mai 1945 etwa vier bis fünf Millionen Deutsche aus den Gebieten zwischen Ostsee und Adria. Nach dem Krieg wurden bis 1950 aus deutschen Ostgebieten und Osteuropa



Europa nach dem 1. Weltkrieg (nach 1918)

etwa 14 Millionen Deutsche in das besiegte und zerstörte Deutschland und Österreich vertrieben. Etwa zwei Millionen davon starben infolge von Flucht, Vertreibungen oder Deportationen in die Sowjetunion.

Das Schicksal der Emigranten aus Russland

Revolution 1917 und Bürgerkrieg 1918-1921 zerrütteten das zaristische Russland. 1922 entstand die Sowjetunion. Aus dem früheren Zarenreich flüchteten etwa zwei Millionen Menschen. Diese Emigranten aus Russland waren im Nachkriegseuropa nach 1918 die größte Flüchtlingsgruppe. Heute sind sie eher vergessen.

Das Hauptaufnahmeland für die russischen Flüchtlinge war zunächst das besiegte Deutschland. 1919 haben hier rund 100.000 Flüchtlinge Zuflucht gefunden. Ihre Zahl stieg auf über 500.000 im Jahre 1920. 1922 und 1933 lebten ca. 600.000 russische Emigranten im Deutschen Reich. Davon allein in Berlin etwa 360.000 russische Asylsuchende. Die große Wohnungsnot und die schwierige Arbeitsmarktlage in Deutschland machten die Flüchtlingsaufnahme zu einem riesigen sozialen Problem. Notdürftige Sammelunterkünfte wurden in großer Zahl eingerichtet. Die Integrationspolitik war sehr restriktiv. Russische Flüchtlinge wurden bestenfalls geduldet und konnten jederzeit ausgewiesen werden. Weiterwanderungen setzten nach 1923 ein. In Deutschland lebten zwischen 1925 und 1928 noch ca. 150.000 Russen, 1933 noch etwa 100.000. Die Masse der Exilrussen verstreute sich allmählich über die ganze Welt (besonders Frankreich und Nordamerika).

Juden in Europa nach 1918

Vorbemerkung: Die meisten Juden weltweit lebten bis zum Holocaust in Osteuropa. Im frühen 16. Jahrhundert waren es etwa 50.000 Juden, vor allem in Polen, Litauen, in der Moldau und der Bukowina. Ihre Zahl stieg bis um 1800 auf etwa 1,5 Millionen, 1900 ca. 11 Millionen (inklusive Türkei). Zwischen 1880 und 1929 verließen rund 3,5 Millionen Juden Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa. Ihr Hauptziel: Vereinigten Staaten von Amerika, wo heute etwa 6 Millionen Juden wohnen (in Israel sind es 6,2 Millionen). Vor dem deutschen Überfall auf Polen 1939 lebten über drei Millionen Juden in Polen, weitere 4 Millionen im europäischen Teil der Sowjetunion. Während des Holocaust wurde

Fortsetzung Seite 11

BayernSPD und Migration

Natascha Kohnen im Interview mit Horst Göbbel

Natascha Kohnen (50) ist seit 2008 Abgeordnete des Bayerischen Landtags (SPD), seit Mai 2017 Landesvorsitzende der BayernSPD und seit Dezember 2015 Mitglied im SPD-Bundes-



Natascha Kohnen beim Neujahrsempfang der NürnbergSPD; Foto: Archiv Göbbel

vorstand. Im Dezember 2017 wurde sie zur stellvertretenden SPD-Vorsitzenden gewählt. Sie ist Spitzenkandidatin der SPD zur Landtagswahl 2018. Am Rande des Jahresempfangs der Nürnberger SPD am 22.01.2018 – die sogenannte GroKo (Große Koalition) zwischen Union und SPD war noch nicht beschlossene Sache, die SPD-Mitglieder sollten noch abstimmen - beantwortete sie einige Fragen von Horst Göbbel.

HG: Frau Kohnen, Sie haben vorhin deutlich gemacht, warum die SPD praktisch in dieser GroKo wieder mitmachen soll. So hab' ich Sie verstanden. Es gibt gute Gründe dagegen und es gibt gute Gründe dafür. Und Sie haben sich positioniert. Frage: wenn die GroKo kommt, gibt es auch in Bezug auf die Integration von Menschen in unserem Land so etwas wie positive Nachrichten?

NK: Es gibt gute Gründe, warum die SPD in der Integration sagt, da ist wirklich etwas gelungen. Wir wollen bei dem Thema Integration, dass die Menschen viel schneller in

die Möglichkeit hineinkommen, die Sprache zu lernen und zu arbeiten. Und das ist auch das, was viele kleine und mittlere Unternehmen fordern, dass man sagt, die Menschen, die zu uns kommen und Schutz suchen, müssen ganz schnell Teil unserer Arbeits- und Bildungswelt werden.

HG: Sie wollen es ja selber auch, denke ich.

NK: Ja, natürlich! Ich sag' Ihnen auch noch etwas dazu: Bildung und Arbeit ist der beste Kampf gegen Fluchtursachen, weil dann, wenn Menschen in ihre Heimat zurück gehen, dann nehmen sie etwas mit, das sie dort sehr, sehr gut gebrauchen können.

HG: Und Sie meinen, die GroKo kann in dieser Hinsicht positiv wirken?

NK: Zumindest der Teil, den die Sozialdemokratie dort hinein diskutiert, der ist positiv, aber ich sag auch ganz offen und ehrlich, der bayerische Teil der Union ist bei dem Thema Integration, Flucht und Asyl sehr, sehr hart und das entspricht nicht meinen Vorstellungen von Menschlichkeit.

HG: Das darf es ja auch sein!

NK: Ja, aber da ist schon viel Schmerzrede, sag' ich Ihnen, weil da gehen gewisse Dinge, die harte Regelung beim Familiennachzug aussetzen zu wollen, ist für uns nicht akzeptabel.

HG: Und Sie gehen davon aus, dass wir die GroKo bekommen?

NK: Wir gehen erst mal schrittweise in die Koalitionsverhandlungen hinein und am Ende werden wir sehen, ob das funktioniert und was dabei rauskommt und dann entscheiden wir.

HG: Die Mitglieder entscheiden.

NK: Die Mitglieder.

HG: Sehr demokratisch, sehr eindeutig. – Frau Kohnen, einen schönen guten Abend! Das fand ich prima, dass Sie in Ihrer Rede Ihre privaten, persönlichen, familiären Verhältnisse eingebaut haben, gehört dazu. Mehr Glaubwürdigkeit kann man damit ja ganz eindeutig erreichen. Lieben Dank! Ganz lieben Dank!

NK: Dankeschön auch!

Fortsetzung von Seite 10 oben

die überwiegende Mehrheit der Juden Osteuropas umgebracht. Vor dem Ersten Weltkrieg lebten in Deutschland etwa 500.000 Juden. Im Weltkrieg wurden ca. 30.000 Juden als Arbeitskräfte aus dem Osten angeworben. Nach Deutschland kamen bis 1921 rund 70.000 asylsuchende Juden aus Ostmittel- und Osteuropa. Zugleich war nach 1918 Deutschland Durchgangsstation für Juden aus Osteuropa. Hamburg und Bremen waren die wichtigsten Auswanderungshäfen. Aggressiver Antisemitismus breitete sich in den zahlreichen neuen ost- und südosteuropäischen Staaten aus. Schwere gewalttätige Ausschreitungen gegen Juden waren hier an der Tagesordnung. Der Antisemitismus wuchs auch in Deutschland. Ab 1925 war die deutsche Migrations- und Integrationspolitik gegenüber Juden sehr restriktiv. Bis zur nächsten Volkszählung 1933 sank ihre Zahl um etwa 20.000 auf rund 90.000 Ostjuden. Nach dem Beginn der Herrschaft der Nazis 1933 und ihrer aggressiven Politik gegen Andersdenkende und besonders gegen Juden stieg die Zahl der Emigranten aus Deutschland. Die meisten waren Juden. Aus Deutschland und dem ab 1938 beherrschten Mitteleuropa (Österreich und Tschechien) sind etwa 450.000 bis 600.000 Juden in über 80 Staaten emigriert, die meisten nach Amerika. Etwa 6 Millionen Juden fielen dem Völkermord der Nazis bis 1945 zum Opfer.

Das griechisch-türkische Nachkriegsdrama

Griechen gab es in Kleinasien, im gesamten Mittelmeerraum lange bevor um 1300 die osmanischen Türken Kleinasien und anschließend den Balkan eroberten und 1453 dem Byzantinischen Reich nach mehr als tausendjähriger Existenz das Ende bereiteten. Im rie-

sigen Osmanischen Reich war Platz für viele Völker. Hunderttausende Griechen lebten vor dem Ersten Weltkrieg vorwiegend im Küstenbereich Anatoliens – etwa in Smyrna/Izmir



Verluste des Osmanischen Reiches bis 1922

aber auch in Konstantinopel/Istanbul. Die Niederlage im Ersten Weltkrieg besiegelte das Ende des Osmanischen Reiches. Im Friedensvertrag von Sèvres vom 10.08.1920 wurde die Türkei praktisch zerstückelt: Ostthrakien und die Stadt Smyrna plus Umgebung sollte Griechenland erhalten. Zahlreiche Ägäisinseln gingen an Italien. Kilikien und Syrien gerieten unter französische Kontrolle. Zypern, Ägypten, Palästina und der Irak gelangten unter britische Verwaltung, Kurdistan wurde der Autonomiestatus zugesprochen. Armenien

wurde unabhängig. Der Vertrag von Sèvres wurde von der türkischen Nationalversammlung nicht bestätigt. Es kam zu einem harten griechisch-türkischen Krieg (1920-1923), in

und alle muslimischen Türken (ca. 700.000) aus Griechenland (Sonderregelungen gab es für Istanbul und für West-Thrakien). Dabei gab es auf beiden Seiten auch schwere Massaker. Die griechisch-türkischen Beziehungen blieben seither recht angespannt.

Krisenregion Naher Osten

Ähnlich wie in Mittel- und Osteuropa veränderte sich nach dem Ersten Weltkrieg auch die Landkarte des Nahen und Mittleren Ostens. Aus der Erbmasse des Osmanischen Reiches formen die damals mächtigsten Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich eine eher künstliche neue Staatenwelt: Außer der stark gestützten Türkei entstehen daneben die angeblich unabhängigen Königreiche Jemen, Nedschd und Hedschas (diese beiden Staaten bilden später Saudi-Arabien), das Emirat Asir und Persien. Alle anderen Länder waren Kolonien oder Protektorate Frankreichs (Libanon und Syrien) und Großbritanniens (Palästina, Irak, Transjordanien, Oman, Aden, Katar, Arabische Emirate). Überall in dieser Region folgten Unruhen, Krisen, Aufstände, ethnische Konflikte, Kriege. „Vor einhundert Jahren ordneten Briten und Franzosen den Nahen Osten neu – nach alter kolonialer Tradition und mit blutigen Folgen bis heute.“ (Jörn Leonhard, zeit-online, 26. Mai 2016). Die heutige Flüchtlingskrise in Europa und in Deutschland hat seinen Ursprung auch in der rücksichtslosen imperialen Kolonialpolitik der europäischen Mächte.

(Quellen: Vorwiegend Bundeszentrale für politische Bildung)

Horst Göbbel ist Vorstandsmitglied des Integrationsrates der Stadt Nürnberg

Antisemitismus – Toleranz – Zukunft

Jo-Achim Hamburger im Interview mit Horst Göbbel (29.03.2018)

Vor dem Zweiten Weltkrieg lebten in Nürnberg ca. 9.200 Juden, 1945 nur noch 20. Heute zählt die Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg mehr als 2.000 Mitglieder. Allerdings sind 60 Prozent über 65 Jahre alt. Der große Zuwachs kam nach 1990, als aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion sogenannte Kontingentflüchtlinge übersiedeln konnten. Der Nachteil dieser Entwicklung: Nur wenige der Gemeindemitglieder beherrschen die deutsche Sprache. Für Jo-Achim Hamburger, Sohn von Arno Hamburger und Vorsitzender der Gemeinde seit 2016, sind Kontakte, Fortbildung und Integration entscheidend. Das gilt insbesondere für die Kinder und Jugendlichen, die in Nürnberg aufwachsen.

Jo-Achim Hamburger war am 29. März 2018 bereit, einige Fragen von Horst Göbbel zu beantworten.

HG: Herr Hamburger, können Sie mir kurz einige Grunddaten zur Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg nennen? Zahl, Ausrichtung, religiöses Leben, weitere Aktivitäten?

JAH: Also im Moment haben wir 2200 Mitglieder und die Ausrichtung ist orthodox. Die Gemeinde hat sich vor etwa einem Jahr und drei Monaten für einen orthodoxen Rabbiner entschieden und der Vorstand ist dieser Bitte gefolgt. Das heißt jetzt nicht, dass die Mitglieder orthodox-jüdisch leben würden. Aber nachdem die meisten Mitglieder heutzutage aus der ehemaligen Sowjetunion kommen,



Jo-Achim Hamburger; Foto: Archiv IKGn

hat es dort eine geistliche Leere gegeben, weil die Menschen ganz oft ihre Religion nicht ausleben durften, ohne mit Repressionen belegt zu werden. So, und jetzt war die Sehnsucht nach Geistlichkeit so groß, dass man sich entschieden hat, einen orthodoxen Rabbiner einzustellen.

HG: Herr Hamburger, gestern las ich in der Frankfurter Allgemeinen im Feuilleton un-

ter dem Titel: „Judenfeinde“ folgenden Text – Eintausendvierhundertdreißig antisemitische Straftaten sind nach Auskunft der Bundesregierung im vergangenen Jahr in Deutschland registriert. Das sind vier jüdenfeindliche Taten pro Tag. Es sind sicher viel mehr. Sie sind zu einem Alltagsphänomen geworden, das in öffentlichen Statistiken nicht einmal ansatzweise zum Ausdruck kommt.“ Ist dieses Phänomen der Diskriminierung von Juden auch für Sie hier in Nürnberg Alltag? JAH: Nein. Ganz klares Nein. Das ist kein Alltag für uns. Wir leben in einer sehr weltoffenen und toleranten Stadt. Natürlich gibt es auch bei uns Situationen, die grenzwertig sind. Die waren vor allem grenzwertig, als wir mit diesem Phänomen in 2014 konfrontiert wurden, als ein Mob von Menschen von der linken-rechten Szene und auch Bio-Deutsche und Palästinenser sich zusammengerottet und auf der Straße geschrien haben „Hamas Hamas, Juden ins Gas!“. Sie können sich erinnern, das war der Gaza-Konflikt.

HG: Ich kann mich erinnern...

JAH: Der Oberbürgermeister hat ja auch sofort reagiert.. Dann haben wir eine schöne große Demonstration gegen Antisemitismus am Sebalder Platz veranstaltet, zu der viele Menschen kamen.

HG: Das war auch notwendig!

JAH: Aber das Phänomen des Antisemitismus ist eine uns bedrohende Chimäre. Wir müssen immer bereit sein, uns irgendwie zu verteidigen. Dies gilt nicht täglich, wir werden auch

nicht täglich konfrontiert damit. Die antisemitische Syntax hat die Gestalt der sogenannten Israel-Kritik angenommen. Dieser Antisemitismus ist schon in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Aber es ist kein Phänomen, mit dem wir uns täglich beschäftigen müssen. Wir sind hier in Deutschland. Wir fühlen uns wohl in Deutschland. Wir sind Staatsbürger dieses Landes, halten uns an die Gesetze und predigen Toleranz und hoffen, dass uns diese Toleranz auch entgegengebracht wird.

HG: Noch eine letzte Frage: Wie sehen Sie die Zukunft der Israelitischen Kultusgemeinde in Nürnberg?

JAH: Diese Frage hat sich uns gestellt, als wir 2016 gewählt worden sind, ich meine die neue Vorstandschaft, und wir sehen die einzige Möglichkeit in Nürnberg als kleine Minderheit bestehen zu können, in der Investition in die Jugend. Wir investieren in die Bildung unserer Jugendlichen und wir haben jetzt kürzlich beschlossen, einen Kindergarten zu bauen. Dieser Kindergarten soll die Basis bilden für die Zukunft unserer Gemeinde, weil wir dann unsere Kinder von klein an hoffentlich an die Gemeinde binden können, von dem Kindergarten, über die Schule, über den Religionsunterricht, über das Gebet, später dann auch als mündige und aktive Mitglieder unserer Gemeinde.

HG: Lieben Dank, Herr Hamburger. Und ein friedliches, frohes Passach-Fest.

JAH: Und Ihnen und Ihrer Familie: Frohe Ostern.

100 Jahre Freistaat Bayern

Horst Göbbel

2018 begeht Bayern zwei große Jubiläen: 100 Jahre Freistaat und 200 Jahre Verfassungsstaat. Vor hundert Jahren, in der Nacht vom 7. zum 8. November 1918, wenige Tage vor Ende des Ersten Weltkrieges, ruft Kurt Eisner in München den Freistaat Bayern aus.

erste KZ für politische Gegner. Juden werden systematisch entrechtet. Am 9. November 1938 brennen die Synagogen.

1939 beginnt Hitler-Deutschland den Zweiten Weltkrieg, in dem weltweit über 60 Millionen Menschen ihr Leben verlieren. Die National-

Doch im deutschen und globalen Vergleich geht Bayern gestärkt aus der Krisenzeit hervor.

In Bayern lebten 1840 3,8 Millionen Menschen, derzeit sind es 12,8 Millionen, Ten-

(17.327), Rumänien (11.921), Griechenland (11.576), Italien (6.848), Polen (5.751), Kroatien (5.091), Bulgarien (4.789), Irak (4.549), Ukraine (4.229), Syrien (4.137). Aus EU-Ländern leben 57.896 Menschen in Nürnberg, aus dem übrigen Ausland sind es 46.729 (Daten vom Amt für Statistik Nürnberg). Bayern hat seit 2009 einen Integrationsbeauftragten der Staatsregierung, Nürnberg seit 1973 einen Ausländerbeirat, seit 1984 einen Aussiedlerbeirat und seit 2010 den Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung (Integrationsrat).

In der Studie „Migration und Integration. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Bayern. Stand der Integration und integrationspolitische Maßnahmen“ halten Anna Lutz und Friedrich Heckmann vom europäischen forum für migrationsstudien, Institut an der Universität Bamberg, schon 2010 fest: „Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund wird, wie unsere Gesellschaft insgesamt, zunehmend vielfältiger und pluralistischer. Eben diese Vielfalt macht Integration zu einer zentralen Querschnittsaufgabe, die viele verschiedene gesellschaftliche und politische Themen- und Handlungsfelder berührt. Die Altersstruktur unserer Mitbürger mit Migrationshintergrund ist sehr jung. Dies eröffnet unserer Gesellschaft enorme Chancen, stellt sie aber auch vor große Herausforderungen. Integrationspolitik ist daher eine der entscheidenden Zukunftsaufgaben. (...) Die gute Nachricht dieser aktuellen Bestandsaufnahme lautet: Integration ist in Bayern weit fortgeschritten! Dies ist in erster Linie Ausdruck der großartigen Integrationsleistung, welche die Menschen mit Migrationshintergrund in Bayern erbringen. Es ist aber auch das Ergebnis vielfältiger integrationspolitischer Maßnahmen, etwa im Bereich der frühkindlichen Bildung und bei der Unterstützung des deutschen Spracherwerbs. Nachhaltige Wirkungen integrationspolitischer Maßnahmen sind nur zu erwarten, wenn diese intensiv und über längere Zeiträume durchgeführt werden und von hoher Qualität sind. (...) Neben der erfolgreichen Integration in Bildung und Beruf geht es auch darum, den integrativen Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu bewahren und weiter zu stärken. Dies ist ein wesentliches Anliegen der Bayerischen Staatsregierung.“



Kurt Eisner rief 1918 den Freistaat Bayern aus

Kurt Eisner ist Journalist und sozialistischer Revolutionär. Er ist Anführer der Novemberrevolution in München und Mitglied der USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands). So, wie im gesamten Deutschen Reich im Herbst 1918 am Ende des Ersten Weltkrieges die Fürstenthümer von der Macht gestürzt werden, so geschieht dies auch in Bayern. Freistaat bedeutet frei von Monarchie und Ständen. Nun regieren sich die Bayern selbst.

In Bayern hat von 1180 bis 1918 eines der ältesten deutschen Adelsgeschlechter, das der Wittelsbacher geherrscht. Ab 1806 als Könige. Letzter bayerischer König war Ludwig III. (1913-1918). Kurt Eisner, der erste Ministerpräsident des Freistaates Bayern wird am 21. Februar 1919 in München vom deutschvölkischen und antisemitischen Studenten Anton Graf von Arco auf Valley ermordet. Das Jubiläumsjahr 2018 steht unter dem Motto „Wir feiern Bayern.“ Vor 200 Jahren erhielt Bayern seine erste Verfassung. Die heute gültige bayerische Verfassung wurde im Herbst 1946 angenommen. Seit 1949 ist der Freistaat Bayern flächenmäßig größtes Bundesland der Bundesrepublik Deutschland. Die Hauptstadt Bayerns ist München. Bayern besteht aus sieben Regierungsbezirken: drei altbayerische (Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz) und seit 1806 vier neubayerische (Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken und Schwaben). Es begann ein wirtschaftlicher Aufschwung und eine Entwicklung vom Agrarstaat zum modernen Industriestaat.

Während der 1920er Jahre wird Bayern von wiederholten Regierungswechseln und der überhandnehmenden Hyperinflation erschüttert. 1923 findet in München der Hitler-Putsch statt. Er scheitert aber an den Gegenmaßnahmen der bayerischen Regierung und Polizei.

Während der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 steigt die Arbeitslosigkeit enorm. Davon profitiert die NSDAP, die Partei Hitlers. München und Nürnberg werden Zentren der NS-Bewegung. Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler wird Bayern 1933 „gleichgeschaltet“. Die Nationalsozialisten setzen die gewählte bayerische Regierung ab, verbieten alle Parteien und lösen den Landtag auf. In Dachau errichten die Nationalsozialisten das

sozialisten und ihre Handlanger ermorden sechs Millionen Juden. Nach der deutschen Kapitulation 1945 hat Bayern Glück, dass es zur Besatzungszone der USA gehört. Die Amerikaner ermöglichen die Erneuerung von Staatlichkeit und Demokratie in Bayern. 1946 tritt die neue Verfassung des Freistaats Bayern in Kraft. Die ersten Aufgaben der bayerischen Nachkriegspolitik sind der Kampf gegen Hunger, Knappheit und Wohnungsnot sowie die Unterbringung von über zwei Millionen Flüchtlingen und Heimatvertriebenen.

Seit der Währungsreform von 1948 und der Gründung der Bundesrepublik 1949 erholt sich auch die bayerische Wirtschaft rasch. Der Wiederaufbau der bayerischen Städte gelingt. Seit den 1960er Jahren wandelt sich Bayern rasant vom Agrar- zum Industriestaat: Im ganzen Land werden neue Gymnasien und Universitäten gegründet und Verkehrsachsen gebaut. Das „Wirtschaftswunder“ verändert die Lebenswelt spürbar. „Gastarbeiter“ aus Italien, Spanien, Griechenland und der Türkei unterstützen das Wachstum der bayerischen Wirtschaft. Das Attentat auf israelische Sportler bei den „heiteren“ Olympischen Spielen 1972 in München wirft lange Schatten auf das Großereignis. München präsentiert sich wie Bayern weltoffen und bunt. 1973 markiert die Ölkrise für viele das Ende des „Wirtschaftswunders“. Dennoch werden in diesen Jahren auch große Infrastrukturprojekte (z.B. neuer Flughafen für München) vorgebracht. 1986 ziehen die Grünen in den Bayerischen Landtag ein.

Nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ 1989 wird Bayern nach 40 Jahren an der Grenze zum Ostblock wieder zu einem Kernland Europas. Bayern bemüht sich um die Ansiedlung von Zukunftsindustrien und gründet im ganzen Land neue Fachhochschulen. Die Bevölkerung wächst durch Zuwanderung rasant von 1987 10,9 auf 2004 12,4 Millionen. Der Freistaat als stabile Demokratie wird zur Marke mit weltbekannten Aushängeschildern wie dem FC Bayern, dem Oktoberfest und Schloss Neuschwanstein.

Der Beginn des neuen Jahrtausends ist auch in Bayern stark von globalen Entwicklungen geprägt. Krisen und Terroranschläge wirken auch hier. Der wirtschaftliche Strukturwandel schreitet fort. Er wird 2008 hart gebremst durch eine weltumspannende Finanzkrise.

denz wachsend. Knapp drei Millionen davon haben Migrationshintergrund, das heißt: Fast jeder vierte Einwohner im Freistaat wurde selbst nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren oder mindestens ein Elternteil. Unter die knapp drei Millionen Migranten in Bayern fallen ca. 1,5 Millionen Ausländer, sowie alle Spät-Aussiedler (aus Rumänien, Polen, Russland ...) und ihre Kinder sowie alle Eingebürgerten. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund ist in den bayerischen Regierungsbezirken unterschiedlich groß: in Unterfranken, Oberfranken, in der Oberpfalz und Niederbayern sind es 14 bis 20 Prozent, in Schwaben 20 bis 24 Prozent, in Mittelfranken 24 bis 28 Prozent und in Oberbayern bei 28 bis unter 30 Prozent. Ähnlich hoch ist der Wert in Berlin. In den Stadtstaaten Hamburg oder Bremen hat ca. ein Drittel der Einwohner Migrationshintergrund.

Nürnberg ist nach München die zweitgrößte Metropole Bayerns. Zum 31.12.2017 hatten 532.194 Personen ihren Hauptwohnsitz in Nürnberg (1995: 486.069, 2000: 482.099, 2010: 497.949, 2014 516.770, 2016: 529.407). Wie schon in den Vorjahren basiert



Der Freistaat Bayern, inzwischen ein Bundesland der Bundesrepublik Deutschland, wird 100 Jahre alt

der Einwohneranstieg ausschließlich auf einer Zunahme der ausländischen Bevölkerung, deren Zahl sich im abgelaufenen Jahr um 4,2 Prozent auf jetzt 121 952 Personen erhöht hat. Sie stammen aus insgesamt mehr als 160 Ländern. Hauptherkunftsländer sind: Türkei

(https://www.stmas.bayern.de/imperia/md/content/stmas/stmas_internet/integration/bev_migrathg.pdf). Diese grundlegenden Aussagen haben auch 2018 im Jubiläumsjahr des Freistaates Bayern ihre volle Gültigkeit.

Zuerst Au-pair - dann kam alles ganz anders

Olga Bilousova

Seit Anfang der menschlichen Zivilisation ist das Verreisen und etwas Neues entdecken sehr nach der menschlichen Natur. Besonders für die jungen Leute ist das Thema Reisen und die Welt sehen äußerst interessant und wird in Lebenswunschliten unter den Top-10 platziert. Dieses Bedürfnis in Verbindung mit bestimmten Lebensbedingungen bringt dem Mensch nicht nur neue Kenntnisse und Erfahrungen, sondern kann auch Verreisen für einen längeren Zeitraum oder auch zum dauerhaften Verlassen des eigenen Heimatlandes führen.

Heutzutage gibt es natürlich viele Möglichkeiten, um ein fremdes Land kennen zu lernen. Man kann eine Reise zu einem Ort buchen, wo man noch nie war. Man kann endlich die Einladung von der weiten Verwandtschaft annehmen, die schon vor einigen Jahrzehnten komplett woanders hin gezogen ist. Man kann Couchsurfen ausprobieren und durch den Gastgeber (den man nach der Anreise zum ersten Mal im Leben sieht) etwas Spontanes erleben. Aber richtig Vieles, Realistisches und Authentisches vom „Neuland“ schafft man kaum in maximal 3 Wochen Urlaubszeit. Dazu kommen auch Fragen der finanziellen Mitteln, denn Reisetickets und Aufenthalt können eine Menge Geld kosten. Deshalb greifen viele junge Menschen zu spe-

arbeiten. Aber zum Ende meines Aufenthaltes bei der Gastfamilie hatte ich ganz andere Vorstellungen, wie es für mich weitergehen soll: Ich habe mich noch einmal fürs Studium entschieden, da mein ukrainischer Studienabschluss hier in Deutschland nicht anerkannt wurde“. Mittlerweile gründete Olga mit ihrem Freund eine Familie, ist eine tolle Mutter geworden und hat ihren Bachelorabschluss im Bereich Soziale Arbeit praktisch schon in der Tasche. „Ich befinde mich im Moment auf der Suche nach Arbeit“, sagt die frischgebackene Sozialarbeiterin, „ich schreibe viele Bewerbungen und freue mich auf meine Vorstellungsgespräche“. Ihr Beispiel zeigt, dass man mit einer starken Motivation und aktiver Lebenseinstellung vieles auch in einer fremden Gesellschaft erreichen kann.

In meinem Bekannschaftskreis gibt es insgesamt acht junge Menschen, die als Au-pairs nach Deutschland gekommen sind, nur zwei davon kehrten am Ende des Programms in ihre Heimatländer zurück. Die anderen sechs wollten in Deutschland bleiben und haben erneut mit einem Studium angefangen. Bei manchen gab es noch ein Freiwilliges Soziales Jahr dazwischen. Und das alles mit dem Ziel, nach einem deutschen Studienabschluss eine gut bezahlte Arbeit hier zu finden. Unter dem Strich haben eine so angestrebte sozial gesi-



Olga Wirth in ihrer Zeit als Au-pair in München; Foto: privat

ziellen Austauschprogrammen, zum Beispiel AuPairWorld: Aufenthaltskosten werden von den Gastfamilien übernommen, der Zeitraum beläuft sich zwischen drei und zwölf Monaten. Die Aufgaben für Au-pair sind zum Beispiel Babysitten und im Haushalt helfen. Dafür hat man die Möglichkeit, fremde Gesellschaften kennenzulernen und fremde Sprachen relativ schnell zu erlernen. Nun wie beeinflusst es das Leben der Au-pairs?

Eine ehemalige Praktikantin der Geschäftsstelle des Integrationsrates, Olga Wirth, geborene Ukrainerin, dort Deutschlehrerin von Beruf, erzählte über ihre Erfahrung als Au-pair-Mädchen in Deutschland: „Als ich damals 2012 nach Deutschland als Au-pair kam, habe ich geplant nach einem Jahr wieder in die Ukraine zurückzukehren und dort an der Schule zu

cherte Zukunft und bessere Lebensqualität aber ihren Preis: kostbare Zeit, in bestem Fall fünf Jahre, die man für die Programme und den Erwerb von entsprechender Qualifikation braucht, und ein Leben weit weg von der eigenen Familie und den Freunden.

Olga Bilousova, Praktikantin beim Integrationsrat im Wintersemester 2017/18, studiert Soziale Arbeit an der Ohm-Hochschule

Migration und Polizei

Polizeidirektor Hermann Guth im Interview mit Horst Göbbel

Polizeidirektor Hermann Guth leitet seit 2010 den Abschnitt Mitte im Polizeipräsidium Mittelfranken, der mit annähernd 2500 Beamten/innen der größte Einsatzabschnitt in ganz Bayern ist. Er begann seine Polizeilaufbahn im November 1973 in Bayreuth. Nach Abschluss seiner Ausbildung wechselte er zur IV. Bereitschaftspolizeiabteilung Nürnberg. Von 1982 bis 1984 besuchte er die Beamtenfachhochschule in Fürstfeldbruck und war bis zum Beginn seines Studiums zum höheren Polizeivollzugsdienst 1994 im Polizeipräsidium München, dem Bayerischen Staatsministerium des Innern und der VI. Bereitschaftspolizeiabteilung in Dachau tätig. Nach Ernennung zum Polizeirat wurde er zum stellvertretenden Abteilungsleiter der Bereitschaftspolizei in Nürnberg bestellt. Im Jahr 2000 wechselte er ins Präsidium der Bereitschaftspolizei und war dort zuletzt Leiter des Sachgebietes Einsatz.

Am 26. Februar 2018 besuchte er den Integrationsrat, gab umfassend Auskunft über seine und die Tätigkeiten der Polizei in Nürnberg und beantwortete sehr kompetent einzelne Fragen zum breiten Themenbereich Polizei und zugewanderte Mitbürger. Anschließend stellte er sich den Fragen von Horst Göbbel.

HG: Herr Guth, Sie haben uns während der letzten zwei Stunden über Polizeiarbeit, über Ethik bei der Polizei usw. eine Vielzahl von Daten und Fakten genannt und uns auch ein wenig in Ihr Inneres hineinschauen lassen. Uns im Integrationsrat interessiert die Frage, wie ist das Verhältnis zwischen der hiesigen Nürnberger Polizei und den vielen Menschen, die zu uns zugewandert sind und die eben unter Umständen doch ganz andere Erfahrungen mit der Polizei gemacht haben. PDG: Sie sagen es richtig, je nachdem welches Herkunftsland der eine oder andere hat, sind die Erfahrungen mit der Polizei, aber auch die Aufgaben dieser Polizei unterschiedlich. Und jetzt ist es mit Sicherheit für den einen oder anderen auch schwierig, diese Erfahrungen mit neuen Erfahrungen in Deutschland zu überlagern. Ich bin der Meinung, dass man da sicherlich die Rolle und Aufgaben der Polizei, aber auch nach meinem Dafürhalten das Selbstverständnis der Polizei transportieren müsste. Das sollte meines Erachtens sehr frühzeitig erfolgen, weil ich glaube, dass kulturelle Unterschiede oder auch ethische Unterschiede sich durchaus auswirken auf das Verhalten des einen oder anderen.

Es kommt noch eines dazu: Wenn ich natürlich einen gewissen Erfahrungsschatz oder Erfahrungswert im Hinterkopf habe, dann trag' ich den so lange mit mir herum, das beeinflusst natürlich auch mein Verhalten, bis das eventuell überlagert wird durch neue positive Erfahrungen. Also, ich denke, dass man diese Unterschiede in den Sichtweisen, was natürlich mit den Herkunftsländern oft zusammenhängt, frühzeitig ausmerzen sollte, meinethwegen auch organisiert oder systematisiert.

Und da natürlich haben meines Erachtens auch die Ausländervereine oder auch der Integrationsrat oder dergleichen eine wesentliche Aufgabe, weil er setzt sich ja aus verschiedenen Nationalitäten zusammen, und die haben auch Wurzeln und Kontakte in ihren Bereiche, und ich glaub', da müsste man auch mit ansetzen, um dieses Bild zurecht zu rücken. Wir hier als Aufnahmeland, was die Polizei betrifft, mit unseren Möglichkeiten, aber Sie mit Ihren eigenen Möglichkeiten, weil Sie glaubhafter erscheinen Ihren eigenen Landsleuten gegenüber, als es vielleicht eine

staatliche Organisation kann.

HG: So ist es. Eine zweite Frage, und zwar zum Thema „interkulturelle Öffnung“ bei der Polizei. Wir sprechen ja hier im Integrationsrat oft darüber, dass die Stadtverwaltung in Bezug auf die interkulturelle Öffnung mehr tun sollte. Wie ist es denn bei der Polizei?

PDG: Die Frage ist – ich war bei dieser Diskussion der Stadt Nürnberg auch schon mit beteiligt, wo man sich Gedanken macht, in welchen Bereichen kann man sich mehr öffnen. Wir, von Seiten der Polizei, sind natürlich daran interessiert, dass wir uns möglichst kulturell breit aufstellen, weil ja auch unser polizeiliches Gegenüber, weil sich auch die Bürger aus verschiedenen Nationalitäten zusammensetzen. Gleichwohl ist es so, dass wir



Polizeidirektor Hermann Guth mit Dimitrios Krikelis im Integrationsrat; Foto: Archiv Integrationsrat

bei der Polizei, wenn man jetzt in der Eigenbeleuchtung uns ansieht, trotzdem die Hürde haben, dass jeder diese Aufnahmeprüfung bei der Polizei bestehen sollte, weil der Bürger natürlich auch einen Anspruch hat, eine hochqualifizierte Polizei zu haben. Das ist ein Grundanspruch und diese Hürde muss natürlich der Betroffene erst einmal überwinden und die Anstrengung, die wir machen können, uns natürlich Gedanken zu machen, in welchem Bereich kann man dann diese Personen gewinnbringend einsetzen. Da kann man nicht sagen, es gibt die und die Bereiche, da geht es gar nicht. Es gibt sicherlich welche, wo es äußerst schwierig ist, aber wir haben in allen Bereichen Leute mit ausländischen, mit Migrationshintergrund, die gute Arbeit leisten.

HG: Richtig. Eine letzte Frage und zwar ähnlich persönlich wie vorhin: Sie sind ja nun wirklich schon lange, lange Zeit Polizist. Ich denke schon, einige Jährchen (43 Jahre!). Das ist eine ganze Menge! Sind Sie noch immer gerne Polizist?

DG: Ja, ich bin gerne Polizist, weil ich denke, dass man in verantwortungsvoller Position oder auch als normaler Streifendienst in der Begegnung mit dem Bürger auch in der Repräsentation des Staates menschlich umgehen kann und auch Vertrauen in der Bevölkerung erwecken kann, was gleichzeitig auch sein Anspruch ist. Und ich denke, das ist eine Herzenssache, die kann man schwer verordnen. Das ist auch der Person begründet, sozusagen mir ist es ein Anliegen, dass ich den Beruf verkörpere, den ich auch tatsächlich inne habe, und ich bin überzeugt, dass das auch mehr oder weniger eine Schicksalsfügung, wenn ich den Ausdruck benutzen darf, sein kann, dass man sagt, ich habe den richtigen Beruf gefunden.

HG: Ich danke Ihnen, Herr Guth. Das ist eine feine Geschichte. Lieben Dank.

Integrationsurgestein Friedrich Popp tritt in den Ruhestand

Horst Göbbel



Friedrich Popp mit schwarzem Hut; Foto: Archiv Göbbel

Man nehme eine ordentliche Prise Können, dazu zwei Portionen Gelassenheit, ein schmiedeeisernes Pfund Kunst, eine treffend bemessene Dosis Kreativität und ein gehöriges Quantum Neugierde und Empathie, vermische alles zu einem blonden Gebilde mit breitgesichtigem, verschmitztem Lächeln, setze diesem einen schwarzen Hut auf und schon ist eine vielschichtige Gestalt entstanden, die in Nürnberg ihresgleichen sucht: Friedrich Popp, Nürnberger Mediator, Künstler, Integrationsurgestein.

Das konfliktreiche Zwischenmenschliche ist seine Sache. Friedrich Popp, der Mediator, der leidenschaftliche Befürworter von Interkultureller Kommunikation, behauptet: „Zwischenmenschliche Verständigung kann mit einem einfühlsamen Kommunikationsstil gelingen, wenn Situationen angemessen sind und Menschen sich auf gleicher Augenhöhe begegnen ... Konflikte sind an sich nicht negativ, denn sie können die Notwendigkeit von Veränderungen anzeigen. Entscheidend ist, wie wir in einer Konfliktsituation mit unserem Gegenüber umgehen. Erweisen wir

Begegnung, Verständigung, gleiche Augenhöhe, Respekt, Wertschätzung, Kreativität.

Friedrich Popp, geboren 1953 in Geiselwind als Sohn eines Hufschmiedes, besuchte die Volksschule in Wasserberndorf und das Wolfram-von-Eschenbach-Gymnasium in Schwabach (Abitur 1973). Er nahm ein Studium für das Lehramt an Gymnasien in den Fächern Deutsch/Sozialkunde/Geschichte in Erlangen auf. Er erweiterte dies mit Spanisch als Zusatzfach, vertiefte das Spanischstudium an der Universität Barcelona ein Semester lang und legte 1980/1981 das erste Staatsexamen in Geschichte, Sozialkunde und Deutsch erfolgreich ab. 1981-1982 war er Lehrer und Sozialbetreuer in einer „Maßnahme zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung“ türkischer Jugendlicher bei der Arbeiterwohlfahrt Nürnberg und der Handwerkskammer für Mittelfranken.

Ehrenamtlich engagierte er sich in den 80er Jahren in der „Initiative Ausländer und Deutsche“, die sich v.a. gegen die Verschärfung der Ausländergesetze und gegen Rassismus einsetzte. Den Referendardienst machte er in Kronach und Röthenbach/Pegnitz. Das 2. Staatsexamen hatte er 1984 somit auch in der Tasche. Nun begann seine berufliche Tätigkeit bei der Stadt Nürnberg. Zuerst beim KuF (Amt für kulturelle Freizeitgestaltung), ab 1985 auch als nebenberuflicher Dozent beim Bildungszentrum der Stadt Nürnberg und ab Nov. 1987 als Geschäftsführer des Ausländerbeirates der Stadt Nürnberg (ab 1991 zugleich Leiter der Abteilung 3 des Bürgermeisteramtes) und schließlich seit 2010 als Leiter der Geschäftsstelle des Integrationsrates (vormals Ausländerbeirat und Aussiedlerbeirat). Während dieser Jahrzehnte hat er mehrere Projekte mitinitiiert bzw. darin mitgearbeitet, vor allem in den Bereichen berufliche Integration für ausländische Jugendliche sowie In-

Verwaltung, des Projektmanagements, der Mittelbewilligung an Dritte, des schriftlichen Formulierens, der Gestaltung eines bürgerfreundlichen Büros, der Kontakthaltung zu interkulturellen Vereinen und Institutionen, Durchführung von Veranstaltungen sowie der Leitung der Abteilung 3 des Bürgermeisteramtes gesammelt.

Gleichzeitig hat er sich außerhalb seiner beruflichen Tätigkeit ständig auch mit Kultur und bildender Kunst beschäftigt. Friedrich Popp (so sein Künstlernamen) lebt mit seiner Kreativität und seinem Fleiß die Nürnberger Kunstszenen. Seine künstlerische Tätigkeit – vorwiegend Skulptur, hier meist Metallkunst – umfasst eigene Ausstellungen sowie Beteiligungen in sehr hoher Zahl (mehr als 60 von 1978 bis 2017). Bernd Zachow schreibt schon 1993 in den Nürnberger Nachrichten sehr treffend dazu: „In der Werkstatt seines Vaters, Dorfschmied in Geiselwind, kam Friedrich Popp in frühen Kindertagen mit dem harten Eisen in Berührung. Die phantasievollen Masken und Figuren, die er baut, sind Pops eigenwillige Art, dem seelenlos Perfekten und Sterilen, dem Überorganisierten und Geplanten ein 'abenteuerliches' Schnippchen zu schlagen.“

Seit der Zeit seines Studiums setzt sich Friedrich Popp auch mit länderkundlichen Themen auseinander. Im Mittelpunkt seiner Interessen standen und stehen insbesondere Spanien, Italien, Türkei, Portugal, Griechenland und einzelne Länder Lateinamerikas. Spanisch und Englisch sind seine Hauptfremdsprachen, daneben kann er italienisch, portugiesisch, türkisch und griechisch in einfachen Situationen kommunizieren (Caféhausgespräche). Als Leiter der Geschäftsstelle des Ausländerbeirates (ab 1987) und ab 2010 des Integrationsrates führte er die Geschäfte des Gremiums sehr kompetent, sicher und kreativ (u.a. Vorbereitung von Beschlüssen, Stellungnahmen gegenüber Presse, Gutachten für den Stadtrat, Veröffentlichungen etc.). Des Weiteren hat er zahlreiche Projekte wesentlich angeregt und geplant bzw. sich an der Durchführung verschiedener Veranstaltungen in Nürnberg beteiligt, von der Planung und Durchführung des Symposiums „Perspektiven einer multikulturellen Gesellschaft“ (1990), über die Wegbereitung zur Gründung des „Ausbildungsringes ausländischer Unternehmer – AAU“, die Initiierung und Mitbegründung des Netzwerkes „Interkulturelle Kommunikation und berufliche Integration – XENOS Nürnberg“ und Mitarbeit darin, Initiierung des Modellprojekts QUAPO – Qualifizierungs- und Ausbildungsplatzoffensive in der Südstadt (ab 2002), die Mitbegründung des Projektes BLEIB in Nürnberg zur Unterstützung der Integration von Flüchtlingen in Studium und Arbeitsmarkt (2011), Mitgründung und Mitarbeit beim „Bunten Tisch Nürnberg“ (1993 - 2008) bis hin zur Organisation des Miteinander-Projekts (Mediationsausbildung) und daraus folgend dem Aufbau des Netzwerkes Gemeinwesen-Mediation (in Kooperation mit dem Menschenrechtsbüro und der AWO 2012/13), der jährlichen redaktionellen Bearbeitung des Interkulturellen Kalenders (Wandkalender), der Mitarbeit in der Redaktion „Nürnberg interkulturell“ – Zeitung des Integrationsrates, der Mitorganisation von Veranstaltungen, insbesondere der jährlichen Interkulturellen Wochen Nürnberg ... Und

nun hört er auf. Der Nürnberger Integrationsrat ohne Friedrich Popp? Ist das vorstellbar? Gibt es das wirklich?

Während der letzten Jahrzehnte veröffentlichte Friedrich Popp eine Reihe markanter Beiträge in einschlägigen Fachzeitschriften und Bücher zu kulturellen und interkulturellen Themen sowie zu solchen der Mediation (z.B. Bildung und Ausbildung verbessern – die Zukunft sichern, Licht und Schatten des Zuwanderungsgesetzes, Menschenrecht auf



Eiserne Maske und Bildhauer; Foto: C.P. Schmidt

Bildung statt Ausgrenzung, Die Entstehung des modernen Kalenders, Bildungsungerechtigkeit, Alles hat seine 'Zeit' – auch in der Mediation, Im Begriffsdschungel der Interkulturalität, Nachbarschaftsnahkampf oder Kooperation?, Perspektivenwechsel – über den Nachbarzaun schauen!, Zweisprachigkeit macht Kinder intelligenter!, Vom Miteinander-Projekt zur Gemeinwesen-Mediation, Mehrsprachigkeit oder doppelte Halbsprachigkeit, Alltägliche Nachbarschaftskonflikte, Wie gute Nachbarschaft gelingen kann, Was tun gegen den Hass? etc.). Sein wohl bekanntestes Buch diesbezüglich ist „Die kreative Kunst der Gelassenheit“ (Leipzig 2010).

In all seinen Aktivitäten und Publikationen hat sich Friedrich Popp als aktiver Bürger unserer Zeit gezeigt, als intelligenter und wacher Zeitzeuge, als engagierter Initiator und Mitstreiter, als kompetenter Sachwalter der Probleme der Menschen, die grundsätzlich eher bei den Unterprivilegierten zu finden sind, bei den Kleinen, bei den Ausgegrenzten, bei den Hilfsbedürftigen. Er erhebt seine Stimme für sie, er steht nicht abseits, er mischt sich ein, er artikuliert auch Unangenehmes. Dass Friedrich Popp in besonderem Maße mit Kopf und Herz die Anliegen der zugewanderten Mitbürger, der Menschen mit Migrationskultur vertritt, ist vielen, vielen Zeitgenossen seit Jahrzehnten klar und dafür verdient er Hochachtung und Dank.

Nun geht Friedrich Popp in den wohlverdienten (Un)Ruhestand begleitet von unseren Wünschen: Mögen Sie gesund bleiben und sich Zeit gönnen können für all das, was anderen und Ihnen guttut. Bleiben Sie dem Nürnberger Integrationsrat gewogen.

Horst Göbbel ist Vorstandsmitglied des Integrationsrates der Stadt Nürnberg



Friedrich Popp, Bundesintegrationsbeauftragte Marie-Luise Beck und Ausländerbeiratsvorsitzender Mario Di Santo bei der Eröffnung der Interkulturellen Wochen in Nürnberg 2003, Foto: Archiv Integrationsrat

unseren Mitmenschen auch in kritischen Situationen den nötigen Respekt und die angemessene Wertschätzung oder vergrößern wir mit unseren Worten und Taten eine negative Konfliktschpirale?“ Wir können viel gewinnen, wenn wir unsere und die Bedürfnisse der anderen suchen, erkennen, danach handeln. Der Weg einer friedfertigen Verständigung ist dabei das eigentliche Ziel. Mit Kreativität können Lösungen gefunden werden (vgl. www.fripopp.de). Da haben wir es wieder: Konflikt,

terkulturelle Mediation. Er war Mitglied der städtischen Koordinierungsgruppe Integration, 2004 wurde er als Mediator durch den Bundesverband Mediation e.V. anerkannt. Er nahm nebenberufliche Lehraufträge an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Ohm-Hochschule (TH) an und ist seit 2015 nebenberuflich Ausbilder für Mediation an der caritas-pirckheimer-akademie Nürnberg. In seinem beruflichen Arbeitsfeld hat Friedrich Popp zahlreiche Erfahrungen im Bereich der

Gelassenheit ist Voraussetzung für Veränderungsprozesse

Friedrich Popp im Gespräch mit Horst Göbbel (28. März 2018)

HG: Mögen Sie Nürnberg?

FP: Ich liebe Nürnberg.

HG: Es gibt doch sicher Gründe dafür.

FP: Es war für mich eine bewusste Entscheidung, 1979 nach Nürnberg zu ziehen. Nürnberg ist eine sehr vielfältige Stadt und Arbeiterstadt. Nürnberg war für mich sehr interessant durch die Kulturpolitik von Hermann Glaser. Ja und ich bin auch von der romantischen Altstadt sehr angetan.

HG: OB Dr. Maly?

FP: Ist einer der besten Oberbürgermeister, den wir haben.

HG: In Nürnberg oder überhaupt?

FP: Auch in Deutschland, glaub' ich.

HG: Sie wissen, wenn man sagt, einer der besten, da kann man unter „besten“ allerhand verstehen.

FP: Ja, er versucht doch, Themen zu positionieren, ohne dass er dabei seine Mitarbeiter zwingt, diese Themen anzunehmen. Er möchte im Gespräch, in der Kommunikation, die Menschen überzeugen, und das ist natürlich ein Stil, der gut ankommt.

HG: Und ich würde noch hinzufügen, er ist ein Oberbürgermeister für die gesamte Bevölkerung Nürnbergs und nicht in erster Reihe ein parteipolitischer Oberbürgermeister.

FP: Und er ist auch ein begnadeter Redner.

HG: Oh, das ja!

HG: Wo haben Sie während der letzten 20 Jahre vorwiegend Ihren Urlaub verbracht?

FP: Vorwiegend? Ich war eigentlich fast immer im Mittelmeerraum, Spanien, Italien, Griechenland, ja.

HG: Gibt's Gründe dafür?

FP: Sonne, Wärme... Aber ich hab' mich auch während meines Studiums mit wissenschaftlichen Fragen Spaniens beschäftigt. Ich hab' meine Abschlussarbeit über die 30-er Jahre in Spanien geschrieben, ich spreche auch Spanisch, kann auch in einigen anderen Sprachen des europäischen Mittelmeerraumes ein einfaches Kaffeehausgespräch führen, insofern sind mir diese Länder auch sprachlich-kulturell nahe.

HG: Kann man dann so sagen, Ihr Herz schlägt für Lateinamerikanisches ebenso wie für das Türkisch-Orientalische. Wie ist das zu erklären?

FP: Ja, ich spür' da auch oft bei den Menschen, die aus dem Mittelmeerraum kommen eine gewisse Wärme – nicht nur wegen des Klimas. Da sind Faktoren wie Gastfreundschaft und Lebensfreude. Auch die musikalische Rhythmen gefallen mir sehr gut, die haben ja auch praktisch die europäische Musik wesentlich beeinflusst.

HG: Also das Lebensgefühl, die Kultur und Kunst, die Art und Weise, wie man dort dem anderen begegnet.

FP: Ja, die Menschen können in gewisser Weise vielfach das Leben auch besser genießen als wir Mitteleuropäer. Wir sind doch oft sehr gebunden an unser Arbeitsethos, indem wir das private Leben, das eigene Leben, hinterräumen.

HG: Sie kennen ja dieses alte Sprichwort „Man lebt, um zu arbeiten oder man arbeitet, um zu leben.“ Dies würde das auch ein ganz, ganz wenig ausdrücken. Im Orientalischen, im Mittelmeerraum ist man nicht so scharf auf das pure Arbeiten, sondern man arbeitet, um zu leben und hier, bei uns, geht's manchmal schon ein wenig zu hart in dem Bereich Arbeit, Arbeit, Arbeit zu...oder?

FP: In gewisser Weise ja, aber ich würde das nicht so ausdrücken, weil man dann auch

leicht in so ein gewisses Bild des Südens kommt, als wär' der Süden nicht so arbeitssam. Da muss man nämlich aufpassen. Ich denke, das ist eine Grundhaltung. Die Frage ist eher, was ist wichtig im Leben, wie wollen wir Freundschaften gestalten, wie gehen wir mit unseren Nachbarn um, wie läuft unser Familienleben.

HG: Worin liegt für sie der Charme von CONORIS?

FP: CONORIS ist ein Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft zwischen Nürnberg und Córdoba in Spanien, genauer gesagt Andalusien, den ich 2010 mitgegründet habe. Dadurch, dass ich Spanisch spreche, habe ich es natürlich leichter, mit den Menschen in Córdoba, aus Córdoba in Kontakt zu kommen. Ich finde es wichtig, in einem sich immer mehr vereinigenden Europa, dass Nürnberg und auch andere Städte Städtepartnerschaften haben, dass Jugendliche längere Zeit nach Spanien, nach Rumänien, in die Türkei, nach Norwegen, England etc. gehen, um andere Länder kennen zu lernen, auch andere Lebensstile, andere Formen des Denkens, des Fühlens, des Handelns. So ein internationaler Austausch ist sehr wichtig.

HG: Was bedeutet für Sie Integration?

FP: Ja, im Grunde genommen ist dies kein idealer Begriff, weil damit eventuell unterstellt wird, dass jemand, der von woanders herkommt, sich irgendwo integrieren soll. Ich denke, der Integrationsrat hat in langen Diskussionen eine ganz gute Definition gefunden. Integration bedeutet, dass alle Menschen in einer Stadt, in einer Gemeinde aufeinander zugehen müssen, dass alle Menschen sich an dem Prozess des Zusammenlebens beteiligen sollen. Integration ist keine einseitige Geschichte, dass einer sich in ein vorhandenes Gemeinwesen integriert oder assimiliert.

HG: Willkommenskultur – Wunsch und Wirklichkeit – ein schwer mit Leben zu füllender Begriff?

FP: Absolut. Wenn ich bedenke, dass in manchen Ländern, sei es im Libanon, sei es in Griechenland, die Menschen automatisch aufgenommen werden, ohne mit der Wimper zu zucken, und man sich die Mühe macht, grundsätzlich dem Fremden, der in Not ist, behilflich zu sein, dann ist es schon ein gewisses Armutszeugnis, wenn manche meinen, dass Deutschland die Flüchtlinge nicht aufnehmen könne. Organisatorisch ist das alles machbar, wenn man will. Dass es im Einzelnen auch Probleme gibt, das muss man diskutieren, das soll man auch nicht verschweigen, aber das sind eigentlich lösbare Probleme.

HG: Was ist für Sie ein Gutmensch?

FP: Ja, das ist auch so ein ideologischer Begriff, der gerne Menschen vorgehalten wird, die ein bisschen utopisch denken. Ich halte grundsätzlich alles für problematisch, wenn Menschen meinen, anderen Menschen zeigen zu müssen, wo's langgeht. Also diese „Missionare“ sozusagen, die, sei es ideologisch, sei es politisch, sei es religiös, meinen, die Wahrheit zu besitzen und den einzig richtigen Weg zu kennen, da bin ich sehr kritisch und sehr skeptisch.

HG: Interkulturalität und Multikulturalität. Stehen sich die Begriffe im Wege?

FP: Nein, das eine ist sozusagen der statische Zustand, die Beschreibung des Status quo. Das Multikulturelle ist ein Nebeneinander, übrigens hat sich auch der südafrikanische Apartheidstaat als multikulturell bezeichnet. Insofern ist Multikulturalität keine Zielvorga-

be. Das Interkulturelle suggeriert zumindest das Miteinander, d.h. zwischen vermeintlich unterschiedlichen Kulturen findet ein Austausch statt. Ich habe allerdings Probleme mit dem Begriff „Kultur“. In der „interkulturellen Kommunikation“ gibt es eine Auseinandersetzung, eine positive Auseinandersetzung, man tauscht sich aus und versucht gemeinsam etwas Neues zu bilden. Insofern steht mir der Begriff „interkulturell“ näher als der Begriff „multikulturell“.

HG: Friedrich Popp und Mediation. Was wünscht sich der Mediator Friedrich Popp?

FP: Die Grundhaltung eines Mediators ist, Konflikte ernst zu nehmen und mit den Menschen in eine sachliche und respektvolle Kommunikation zu treten. Ich beobachte, dass viele Menschen im Alltag sehr schnell Urteile

mehr mal weniger abstrakt. Das mach' ich auch heute noch.

HG: Friedrich Popp, der Mann mit dem markanten Hut.

FP: Ja, natürlich. Der schwarze Hut gehört zu mir. Dazu steh' ich.

HG: Was sagt Ihnen die kreative Kunst der Gelassenheit?

FP: Das ist ein ganz langes Thema. Da hab' ich sogar ein Buch darüber geschrieben.

HG: Worauf legen Sie hier Wert?

FP: Es gibt ja Menschen, die sind in sich ruhend und gelassen. Und die Gefahr ist, dass dadurch auch eine gewisse Passivität oder Fatalität entstehen kann. Ich halte Gelassenheit in der Regel für eine wichtige Voraussetzung für Veränderungsprozesse und Weiterkommen. Ich bin ja ein ziemlich positiv denken-



Der Bildhauer Fridrich Popp in der Galerie in der Friedenskirche 2014; Foto: Archiv Popp

fällen und auch andere Menschen verurteilen, ohne genau zu hinterfragen, was dahinter steht, ob es vielleicht auch andere Meinungen gibt, ob die anderen Positionen vielleicht auch eine gewisse Berechtigung haben. Es geht eigentlich darum, auch die andere Perspektive anzuschauen. Das halte ich heutzutage für einen ganz wesentlichen und wichtigen Aspekt, dass man auch hinterfragt, wo ist die andere Person, die andere Meinung. Ich kann trotzdem einen festen Standpunkt haben und meine Meinung äußern, vielleicht hat die andere Person mit ihrer Meinung auch recht aus einer anderen Sichtweise. Darüber muss man diskutieren. Wichtig ist, die andere Person zu respektieren, auch bei Meinungsverschiedenheiten.

HG: Woran erinnert Sie Schmiedeeisen?

FP: Natürlich als Kind, als Sohn eines Hufschmiedes war ich oft in der Schmiede. Ich bin sehr früh mit dem Eisen in Kontakt getreten. Der Geruch des feuerroten Eisens in der Esse oder auf dem Amboss, wenn die Funken sprühten und durch die Schmiede flogen, ist ein Teil meiner Kindheit und in gewisser Weise auch meiner Identität.

HG: Aber nicht nur der Kindheit...

FP: Ich hab' dann später meinen Vater gebeten, mir wesentliche Fertigkeiten eines Schmiedes beizubringen, vor allem das Schweißen, und habe dann so als 21/22-Jähriger angefangen, kreativ Objekte zu gestalten, aus denen dann Skulpturen wurden, mal

der Mensch, daher bin ich immer sehr neugierig. Und ich möchte auch dazu beitragen, dass die Gesellschaft gerechter und sozialer gestaltet wird, dass sich positive Veränderungen in friedenspolitischer und ökologischer Hinsicht ergeben. Und dazu muss man einfach den Kopf anstrengen und seine Gedanken kreativ und kritisch entfalten, sei es in der Politik, in der Kunst, in der Philosophie, in der Religion, in der Umwelt, eigentlich überall. Wer stehen bleibt und ein festpostuliertes Dogma von sich gibt, das nicht mehr änderbar ist, der hat meist schon verloren.

HG: Was wünschen Sie Ihrem Nachfolger bzw. Ihrer Nachfolgerin als Geschäftsstellenleiter/in des Integrationsrates?

FP: Ja, viel Empathie und die Fähigkeit, Menschen respektieren zu können, auch wenn sie eine andere Meinung haben, und viel kreatives Engagement im Interesse der Menschen, mit denen wir es alltäglich zu tun haben.

HG: Dann sag ich mal danke schön, Herr Popp.

FP: Ich danke Ihnen.

Horst Göbbel ist Vorstandsmitglied des Integrationsrates der Stadt Nürnberg

Gelungene Integration über drei Generationen

Jacques Laurent



Der Unternehmer Olcay Alpay; Foto: privat (Archiv Olcay Alpay)

Es ist die Geschichte von Olcay Alpay, von Papa Müslüm und von Opa Yasar. Opa Yasar kam 1971 als Gastarbeiter nach

Mittelfranken. Er arbeitete als Schreiner in einem kleinen Dorf bei Zirndorf. Zwei Jahre später kam die Familie nach. 1991 wagten

Yasar und sein Sohn Müslüm den Sprung in die Selbstständigkeit und gründeten ihr eigenes Unternehmen, spezialisiert auf Türen und Fenster.

Olcay kam 1981 auf die Welt. 1992 zog die Großfamilie nach Nürnberg. Nach der Grund- und Hauptschule besuchte Olcay die Wirtschaftsschule, dann den Wirtschaftszweig der Fachoberschule, wo er das Fachabitur ablegte. Ergänzend absolvierte er eine Ausbildung als Groß- und Außenhandelskaufmann mit Unterstützung des Ausbildungsringes Ausländischer Unternehmer (AAU).

1999 gründeten Großvater Yasar und Vater Müslüm ein Großhandelsunternehmen für Natursteine. Der unerwartete Ausfall von wichtigen Geschäftspartnern stürzte die Firma in große finanzielle Schwierigkeiten, die jedoch dank des unermüdlichen Einsatzes der Unternehmer 2004 überwunden werden konnten.

Ab 2005 ging es wieder aufwärts. Das Unternehmen spezialisierte sich auf die Bearbeitung und die Montage von Natursteinplatten, insbesondere von Küchenarbeitsplatten. Die Firma setzt bewusst auf Qualität, eine typisch deutsche Eigenschaft. Sie hat in hochwertige, computergesteuerte Maschinen investiert.

2005 arbeiteten vier Personen im Betrieb; 2018 sind es 19. Die Belegschaft ist sehr international: die Mitarbeiter haben Wurzeln in der Türkei, in Ungarn, in Russland, in Kroatien, in Polen und in Bosnien.

Olcay Alpay ist jetzt Geschäftsführer des Unternehmens und, als Inhaber des Ausbildungsscheins, bildet gern Auszubildende mit Migrationshintergrund aus.

Er ist Vater eines kleinen Sohnes. Seine Frau ist auch türkischer Abstammung. Die Familie spricht türkisch zu Hause. Die deutsche Sprache wird das Kind im Kindergarten, in der Schule, im Sportverein, im Umgang mit deutschen Kindern lernen. Die Eltern achten darauf, dass das Kind keinen „Misch-Masch“ aus Deutsch und Türkisch spricht.

Für Olcay Alpay ist es wichtig, dass Kinder mit Migrationshintergrund so viel wie möglich Kontakt mit deutschen Kindern haben. Deswegen sollten solche Kinder zum Beispiel keine „ethnischen“ Sportvereine besuchen, sondern „gemischte“. So kann die Integration am besten gelingen.

Olcay Alpay ist praktizierender Moslem. Die Ausübung der Religion war für ihn nie ein Problem. Er wünscht, dass ein islamischer Religionsunterricht in den deutschen Schulen angeboten wird, in welchem der „richtige“, tolerante und friedliche Islam gelehrt wird.

Olcay Alpay fährt gerne in die Türkei, fühlt sich aber dort „wie zu Besuch“. Zu Hause fühlt er sich hier in Mittelfranken, es ist seine Heimat: hier ist er geboren, hier ist er großgeworden, hier verdient er seine Brötli. Eine erfolgreiche Integration!

Jacques Laurent ist Mitglied des Integrationsrates der Stadt Nürnberg

Ich bin der Masih

Masih Akbari

Ich bin 18 Jahre alt, komme aus Afghanistan und bin seit 3 Jahren in Deutschland.

Als ich neu in Deutschland angekommen bin, waren für mich die Sprache, die Kultur und die neuen Regeln des Lebens und des Zusammenlebens sehr schwer. Zum Beispiel musste ich mich erst daran gewöhnen, so frei und selbstbestimmt leben zu können. Denn in Afghanistan gibt es sehr strenge Regeln in der Familie und in der Gesellschaft. Das war für mich ein positiver Schock!

Auch Pünktlichkeit war für mich neu. Aber jetzt schätze ich sie sehr! Ebenso war mir neu, an der roten Fußgängerampel stehen zu bleiben, obwohl kein Auto kommt . . .

Als Erstes habe ich angefangen Deutsch zu lernen. Das war sehr hart für mich, weil ich kein Englisch konnte und die lateinische Schrift nicht lesen und schreiben konnte. Ich konnte nur meine Sprache Dari schreiben und lesen. Nach 3 Monaten wurde ich an einer Hauptschule angemeldet. Das war die Dr.-Theo-Schöller-Mittelschule in Nürnberg. Zwei Jahre lang war ich in dieser Schule. Im ersten Lernjahr war ich in einer Übergangsklasse, im zweiten Schuljahr in der 9. Klasse. Ich war sogar zweimal „Schüler des Monats“.

Nach der Schule habe ich mit der Ausbildung (Einstiegsqualifizierung) angefangen als Koch im Catering-Unternehmen „Männer am Herd“. Ein Jahr lang war ich dabei, aber die Sprache der Theorie war für mich sehr schwer. Da habe ich gemerkt, dass ich die Prüfungen nicht schaffen kann, und ich habe aufgehört.

Jetzt bin ich im Quali-Kurs des Bildungszentrums und möchte den Qualifizierenden Mittelschulabschluss machen.

Als ich in meinem Heimatland war, dachte



Masih Akbari als Sportler; Foto: privat (Archiv Masih Akbari)

ich, die Menschen sind nicht gleich, weil sie von verschiedenen Ländern kommen. Aber jetzt habe ich es erlebt: alle Menschen sind gleich, egal welche Nationalität oder welche Hautfarbe sie haben. Denn ich habe in der Schule und im Ringverein viele Freunde gefunden. Und sie stammen aus vielen verschiedenen Ländern.

Ich bin nämlich auch ein Sportler. Als ich klein war in Afghanistan habe ich mit dem Ringen angefangen. Und jetzt ringe ich seit 2 Jahren hier in Nürnberg im Ringverein SC 04 Maxvorstadt. Ich habe 2016 und 2017 bei den offenen Bezirksmeisterschaften des Bayerischen Ringerverbands gekämpft und jedes Mal den 2. Platz in meiner Gewichtsklasse errungen. 2018 wird es der 1. Platz – das ist mein Ziel! Mein Traum war, Profi-Ringer zu werden. Aber ich musste ihn aufgeben. Leider hat der Krieg in Afghanistan meinen Traum zerstört, und jetzt bin ich dazu schon zu alt.

Bevor ich nach Deutschland kam, dachte ich nicht, dass man hier mit so viel Freiheit leben kann. Ich finde das aber sehr gut! Denn wenn die Freiheit fehlt, kann man sein Leben nicht so leben wie man es möchte.

Deswegen will ich hier bleiben, denn ich glaube, dass ein Leben mit Freiheit und ohne Krieg für mich ein gutes Leben sein wird. Ich möchte einen Beruf erlernen. Ich möchte arbeiten und hier eine Familie gründen. Das sind meine Wünsche für mich!

Es gibt aber etwas, was ich hier traurig finde. Ich habe bemerkt, dass für die Menschen in Deutschland die Familie wenig zählt. Ich finde das schade. Für mich ist der Zusammenhalt in der Familie wichtig.

Mein größter Wunsch aber ist, dass auf der ganzen Welt Frieden herrscht!

Integration durch Kultur und Kunst – eine Fortsetzung

Marina Susekov

In der letzten Zeitung des Integrationsrates der Stadt Nürnberg befasste ich mich mit der Integration als Volkskunst. In den Interviews mit den Künstlern und Bürgern unserer Stadt wurde deutlich, dass Melodien und Rhyth-

ni, Strawinsky, Tschaikowski, Rachmaninov, Rimsky-Korsakov, Gershwin, Léhar, Offenbach, Strauss, Chopin, Rossini, Weber, Bartok und die Musik von vielen anderen Komponisten erklangen in der ersten Konzertsaison.

kostenfrei einladen.

Mein Ziel als Moderatorin war, zusammen mit Gesang, Instrumentalmusik, Ballett, Tanz, Gedichte, den Menschen im Saal zu erzählen, wie in Deutschland Advent und Weihnach-

Tenor aus Serbien, Radovan Savic, der in vielen Sprachen weltbekannte Schlager, Lieder und Romanzen singt mit seiner akustischen Gitarre, Alexander Demidas mit seinem Geigenorchester, in dem Kinder und Eltern nach der Suzuki-Methode zusammen spielen. Das Programm bringt viele interessante Überraschungen.

In allen Konzerten erzählte ich vieles über Komponisten aus verschiedenen Ländern der Welt, Stile und Epochen, Instrumente, Musikstücke, musikalische Sprachen.

Als Musikwissenschaftlerin vermute ich, dass man klassische Musik besser verstehen kann, wenn man mehr über ein Musikstück weiß.

Der kleine Saal im Zeltner Schloss hat Türen geöffnet für Menschen aus allen Ländern und Städten, von Nürnberg mit seiner multikulturellen Seele bis Polen, England, Frankreich, Amerika, Australien. Das war ein Integrationsprozess durch klassische Kultur und Kunst, nicht nur für Künstler mit Migrationsgeschichte, sondern auch für das internationale Publikum des Salons.

Nach der erfolgreichen Tätigkeit, den begeisterten Eintragungen im Gästebuch, Meinungen von Besuchern, Gespräche mit Künstlern und Unternehmern möchte ich dieses Projekt auf ein anderes Niveau heben, als „Kunstsalon in der Altstadt Nürnberg“.

Ich will in dem Salon Malerei, Kunsthandwerk, Musik, Literatur, Poesie, Ausstellungen, Vernissage, Feste, Konzerte, Treffen für VIPs, Seminare für Künstler, Führungen für Schulklassen, Vorträge mit internationalen Themen zusammenbringen.

Dieses Projekt ist grenzenlos – wie die Phantasie und die Möglichkeit der Künstler, die ihre Kultur nach Deutschland mitgebracht haben. Alles, von der Ausstattung mit Flügel bis zu den Inhalten, sehe ich als einzigartig für Nürnberg. Meine Pläne sind heute noch ein Traum, aber wie Ben Gurion geschrieben hat: „Wer nicht an Wunder glaubt ist kein Realist“. Für die Realisierung lade ich sehr herzlich aufgeschlossene Sponsoren ein. Telefon 049 176 21037541 und E-Mail: silant@gmx.de.



Auftritt der Ballettgruppe beim Sonntagsmusiksalon; Foto: Archiv Bravissimo

men die geheimen Eckchen unserer Seele erreichen, unabhängig von Herkunft und Nationalität, weil sie unsere Emotionen bewegen. Gefühle haben keine Hautfarbe und bestimmte Augenformen.

Das Internationale Zentrum für Kultur und Kunst, „Bravissimo“ e.V. hat in den Jahren 2016 und 2017 mit dem Projekt „Bunte Schale“ über 300 Künstler unterschiedlichen Alters aus 35 Ländern auf der Bühne zusammen gebracht. Ebenso bunt war das Publikum im kleinen Saal der Meistersingerhalle. Im Finale sangen alle zusammen Lieder wie: „In unsrer Hand liegt unsere Erde...“ und „Nürnberg sagt: „Willkommen!“ Dies war ein gutes Beispiel dafür, wie Menschen sich befreunden können. Das waren Lieder, die die Herzen bewegten. Diese Einigkeit war nicht nur ein kulturelles Ereignis, sondern auch eine wichtige politische Aktion und Zeichensetzung für eine gelungene Integration durch Kultur und Volkskunst.

Seit Oktober 2017 gestaltet der Verein „Bravissimo“ ein neues Projekt mit klassischer Musik, den „Sonntagsmusiksalon bei Kerzenschein im Zeltner Schloss“. Das ist die Wiedergeburt der alten Salontraditionen in neuem Gewand, im gemütlichen Saal des Nürnberger Kulturladens. Die erste Konzertsaison umfasste 9 Sonntagskonzerte. Als Gastgeberin lud ich hochqualifizierte, professionelle Künstler aus verschiedenen Ländern (Aserbaidschan, Ukraine, Litauen, Kasachstan, Serbien, Russland, Deutschland), die heute in Bayern leben, ein. Für einige Konzerte reisten Musiker aus Polen, Ukraine, Russland direkt für ihre Auftritte im Salon an. Alle Konzerte fanden in vollen Sälen statt. Das ist ein gutes Zeichen für die Nachfrage nach klassischer Musik.

Bach, Mozart, Beethoven, Schumann, Schubert, Brahms, Bizet, Verdi, Wagner, Pucchi-

Unvergesslich bleiben die Auftritte von Ian Feldman mit seiner Klarinette, die Gruppe „Klezmeron – Nürnberg“, Leiter Jakov Ostrowsky, das theatraalisierte Programm von Olga Shokel, Sopranistin aus St. Petersburg mit Begleitung am Klavier von Ekaterina Franz, der Auftritt des „Teufelsgeiger“ Michael Synelnykov mit dem Pianisten Prof. Robert Gawronski, Polen. Zum Weltfrauentag stellte Alexej Obuchov mit seinen Renaissance-Instrumenten, klassische Gitarre, Flöte und Balalaika ein internationales Musikprogramm vor. Begleitet wurde das Programm mit Gedichten von Goethe, Schiller, Heine, Rilke, Sonetten von Shakespeare, modernen russischen und europäischen Dichtern, auch von dem anwesenden Michael Godow, Mitglied des Moskauer Schriftstellerverbands, Mitglied des Internationalen Schriftstellerverbandes und goldener Preisträger des nationalen Schriftstellerwettbewerbes „Goldene Feder Russlands 2008“, welcher heute in Nürnberg lebt. Als zweite Moderatorin des dreisprachigen Abends (englisch, deutsch, russisch) stand Inna Rogatschev im Salon, die schon die „Bunte Schale“ in der Meistersingerhalle moderiert hatte.

Die geheimnisvollen Celloklänge der Anna Daskovskaja aus Moskau, zusammen mit der Klavierbegleitung von Maxim Kulabuchov (Hochschule für Musik, Nürnberg) lassen niemanden unbeeindruckt beim Osterkonzert. Sicher wird das Publikum auch den Vokalabend „Regenbogen der Emotionen“ mit Erika Engelhard (Sopran) und Sevi Salam (Klavier) nicht vergessen.

Für die „Weihnachtliche Phantasie“, hat die Leitung des Karl-Bröger-Zentrums als Sponsor den großen Saal zu Verfügung gestellt. Das war eine großartige Leistung, deswegen konnten wir dazu auch zusätzlich viele Menschen

ten gefeiert wird. Im Finale, zusammen mit dem Weihnachtsmann, sangen fast zwanzig Künstler, Kinder, Jugendliche und Erwachsene und das ganze Publikum das Weihnachtslied „Alle Jahre wieder“ und schufen eine verbindende Adventsstimmung.

Ich vergesse nicht, wie ein junger Mann aus Afghanistan am Ende des Konzerts auf die Bühne kam, sich in deutscher Sprache bei mir bedankte und mir eine Rose schenkte.



Sonntagsmusiksalon bei Kerzenschein im Zeltner Schloss; Foto: Archiv Bravissimo

Das letzte Konzert der Musiksaison im Juni 2018 „von Bach bis Offenbach“ umfasst die Auftritte von Kinder-Preisträger „Jugend musiziert“, hochqualifizierte in vielen Ländern der Welt bekannte Klavierlehrerin Tatjana Schapiro, renommierte Künstler aus der Ukraine Pavlo Kolomiichuk (Operette), seltener

Marina Susekov, Künstlernamen Silant, Russland, Dipl. Musikwissenschaftlerin, Mitglied des Integrationsrates der Stadt Nürnberg, 1. Vorsitzende des Vereins IZKK „Bravissimo“ e.V.

Textberatung:

Heinrich W. Haußmann, Dipl.-Sozialwirt

Hegen Russlanddeutsche eine Vorliebe für die AfD? Oder wird diese Bevölkerungsgruppe mit dieser Behauptung stigmatisiert?

Ella Schindler, Redakteurin der „Nürnberger Zeitung“ und selbst Russlanddeutsche, geht diesen Fragen auf den Grund.

Mein Name ist Ella Schindler. Ich lebe seit 25 Jahren in Deutschland und ich bin kein Problemfall für dieses Land. Ganz im Gegenteil. Ich habe einen akademischen Abschluss, eine qualifizierte Arbeit, zwei Kinder. Ihnen lebe ich vor, dass es wichtig ist, Verantwortung zu übernehmen und sich für die Gesellschaft zu engagieren: Ich bin in drei Vereinen aktiv, und es gibt für mich keine Woche ohne Ehrenamt. UND: Ich bin Russlanddeutsche. „Wirklich? Das hätte ich nicht gedacht“, so die Reaktion mancher, denen ich von meiner Herkunft erzähle.

Ausnahme mehr. Wir sind der Normalfall. Ich kenne viele Ärzte, Sozialarbeiter, Ingenieure, Informatiker, Industrie- und Bankkaufleute, Krankenschwestern unter Russlanddeutschen. Sie engagieren sich in Elternbeiräten der Kindergärten und Schulen ihrer Kinder, stehen als ehrenamtliche Trainer jedes Wochenende auf Fußballplätzen, bringen sich in Integrationsbeiräten ein. In der öffentlichen Wahrnehmung sind sie jedoch nicht präsent. Die positive Seite dabei: All diese Menschen sind längst in Deutschland angekommen und ein nicht mehr wegzudenkender Teil des Landes.

Es gibt einige Russlanddeutsche, die fremdenfeindlich sind und diese Partei wählen. Ich stand vor ihnen als Berichterstatteerin bei den Kundgebungen gegen Flüchtlinge und die deutsche Flüchtlingspolitik im Winter 2016 in Nürnberg. Damals ging eine Welle dieser Demonstrationen durch ganz Deutschland. Die Mehrheit der Demonstrierenden stammte aus den GUS-Ländern. Nicht alle von ihnen waren Russlanddeutsche, aber doch jede Menge. Auch bei den letzten Bundestagswahlen waren Russlanddeutsche und die AfD ein Dauerthema in den Medien. Wie viele von ihnen tatsächlich der AfD zugeneigt sind, lässt sich schwer schätzen. Und das überlasse ich lieber den Experten. Einige Gründe, warum Russlanddeutsche unter Umständen dieser Partei zugeneigt sind, kenne ich aber. Sie sind vielfältig. Hier lohnt sich der Blick in die Personengruppe, aber auch der Blick in ihre Vergangenheit.

Eigene Erfahrungen mit der Ausreise und Ankunft in Deutschland

„Russlanddeutsche“ ist ein Begriff, mit dem man Deutsche beschreibt, die aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion nach Deutschland eingewandert sind, in das Land, aus dem ihre Vorfahren stammten. Russlanddeutsche kennen die Erfahrung der Ausgrenzung und Verfolgung zu gut: Vor allem zur Sowjetzeit haben sie aufgrund ihres Deutscheins viele Repressalien erfahren. Viele bezahlten dafür mit dem eigenen Leben. Gerade die Verfolgung dieser Volksgruppe, die verstärkt durch den zweiten Weltkrieg nur schwer vorstellbare Ausmaße annahm, war der Grund, warum Deutschland den Russlanddeutschen die Einwanderung nach Deutschland möglich machte. Um nach Deutschland einzuwandern, mussten viele Russlanddeutsche aber ein schwieriges und oft auch langjähriges Verfahren durchlaufen. Sie mussten Nachweise erbringen, dass ihre Eltern und Großeltern Deutsche waren. Gegen Ende der 90-er Jahren mussten sie auch einen Deutschtest bestehen, um die nötigen Papiere für die Ausreise zu bekommen. Die Vorgaben dazu machte die Bundesrepublik Deutschland. Der eine schaffte die Hürden schneller als der andere, manche haben die Hürde bis jetzt nicht nehmen können. So waren viele russlanddeutsche Familien für Jahre auseinandergerissen, manche bis jetzt. Dieser Erfahrung der Russlanddeutschen stand ihre Einschätzung der Ereignisse des Sommers und Spätsommers 2015 gegenüber: Damals kam eine große Anzahl an geflüchteten Menschen nach Deutschland. Freilich mussten und müssen sie ihr Anrecht auf Asyl beweisen. Nicht jeder wird hier bleiben. Doch in der Wahrnehmung so mancher Russlanddeutscher kamen Flüchtlinge problemlos ins Land. Bei einigen löste der Vergleich das Gefühl, zu kurz gekommen zu sein, nicht das Gleiche zu bekommen, nicht gleich gut behandelt worden zu sein. So hat es mir eine Nürnbergerin mit russlanddeutschem Hintergrund beschrieben: „Ich musste sieben Jahre für meine Ausreise kämpfen, so viele Unterlagen zusammentragen, bis ich endlich zu meiner Mutter nach Deutschland ausreisen durfte. Mein Bruder kämpft immer noch darum. Und Flüchtlinge wurden einfach über die Grenze durchgewunken. Das ist unfair.“ Der soziale Neid machte sich ebenfalls bei einigen bemerkbar. „Mich hat niemand am

Bahnhof begrüßt, für meine Kinder gab es keine Kuschtellere. Ich musste mir alles selbst erarbeiten“, Sätze wie diese hörte ich auch immer wieder auf den Demos und auch später. Der Blick dieser Russlanddeutschen auf die Situation der Flüchtlinge in Deutschland ist oberflächlich und zu sehr Schwarz-Weiß. Aber so ist ihre Sicht der Dinge, die sie mit der AfD gemein haben. Viele Aussiedler haben vergessen oder verdrängt, dass sie mit den gleichen Ressentiments, die sie gegenüber geflüchteten Menschen heute haben, selbst in den 1990er Jahren zu kämpfen hatten: Damals galten Russlanddeutsche bei jeder Menge Einheimischer als Menschen, die gewaltbereit und zuweilen kriminell sind, eine fremde Kultur und Gewohnheiten mitbringen und die der Gesellschaft auf der Tasche liegen und viel zu viel vom Staat geschenkt bekommen.

Sowjetische Sozialisation

Die Neigung zu einfachen Wahrheiten bei einigen Russlanddeutschen hat viel mit ihrer Sozialisation zu tun. Eigene Meinung, kritisches Denken war in der Sowjetunion oft mit negativen Konsequenzen verbunden. Die Welt ließ sich – wie in jeder Diktatur – schnell und einfach erklären: Es gab die Guten und die Bösen, das Richtige und das Falsche. Das sowjetische System züchtete Menschen, die kaum die Möglichkeit hatten zu lernen: Die Suche nach der Wahrheit kann ein widersprüchlicher und auch langwieriger Prozess sein, die politische Entscheidungsfindung auch. Mit dieser Prägung kamen die Menschen aus der ehemaligen UdSSR nach Deutschland. Nicht jedem gelang es, sie abzulegen. So erklären sich einige von ihnen die Welt sehr einfach, damit spekuliert auch die AfD.

„Die Politik der harten Hand“ ist das, was die Sowjetmenschen in ihrem Staat erlebt haben. So negativ es auch ist, kaum Freiheits- und Entscheidungsmöglichkeit zu haben, es hat auch etwas entlastendes: Man fühlt sich nicht für sich und für die Geschehnisse im eigenen Land verantwortlich, alles wird ja „oben“ entschieden. Auch dieses Erbe trägt der eine oder andere Russlanddeutsche in sich und hegt den Wunsch, dass die Politik einfach mal mit der harten Hand durchgreifen möge. Wer so denkt, setzt auf das Versprechen der AfD, im Land mal schnell für Ordnung zu sorgen. Was von vielen aber auch nicht mitbedacht wird: Menschen aus der Sowjetunion sind nicht nur durch die Erfahrungen in der Diktatur traumatisiert. Sie sind zum Teil auch durch den Zusammenbruch der Sowjetunion vorbelastet. Auf einmal gab es gar keine Sicherheit mehr: Viele haben ihre Arbeit verloren oder haben monatelang ohne Lohn gearbeitet, die Inflation wuchs schnell, so auch die Kriminalität. Auf nichts war Verlass. Die Situation mit den Flüchtlingen 2015 reaktivierte bei einigen die Unsicherheiten von damals. Für viele war das Handeln der deutschen Regierung nicht nur unverständlich. Sie hielten die Politik für machtlos – und das löste Angst in diesen Menschen aus, mit denen die AfD spielt.

Außerdem: Die Sowjetunion war ein Rieseland und ein Vielvölkerstaat. Nach außen wurde die Vielfalt und Toleranz propagiert. Doch inoffiziell sah die Realität ganz anders aus. Alle Sowjetvölker, die nicht europäisch waren, hatten mit Vorurteilen und abwertender Meinung zu kämpfen. Gerade Muslime



Ella Schindler mit ihrer Nürnberger Zeitung; Foto: Archiv Merkel

Das Bild der Russlanddeutschen ist in vielen Köpfen in Deutschland sehr lückenhaft und eingeschränkt. Für viele gelten sie im besten Falle als fleißig, konservativ und darauf bedacht, vor allem im Kleinen glücklich zu werden, indem man eine eigene Familie gründet und ein Haus baut. Das ist freilich nichts, wofür sich jemand schämen müsste. Doch viele Russlanddeutsche können und wollen mehr für sich und das Land, in dem sie zu Hause sind. Ich kenne viele von ihnen, die so leben wie ich: Eine meiner Freundinnen arbeitet für eine grüne Landtagsabgeordnete, eine andere leitet eine große Abteilung eines international tätigen Unternehmens. Wir sind längst keine

des. Doch dabei gibt es auch die negative Seite: Die Schlagzeilen in den deutschen Medien machen die anderen. Es sind die, die gegen Menschen mit Fluchterfahrung wettern und die AfD wählen. Diese Menschen prägen stärker das Bild meiner Volksgruppe in der Öffentlichkeit. „Russlanddeutsche und AfD“ ist gleich der zweite Vorschlag, den man bei Google bekommt, wenn man „Russlanddeutsche“ im Suchfeld eingibt. Es wird offensichtlich oft nach Informationen dazu gesucht. Aus der Luft gegriffen ist es nicht ganz. Es gibt im Bundestag nur zwei russlanddeutsche Politiker. Beide sitzen dort für die AfD.

galten dort entweder als rückständig oder aggressiv. Auch das beeinflusst den Blick so mancher Russlanddeutscher und anderer ehemaliger Sowjetbürger auf die muslimische Bevölkerung in Deutschland. Auch daraus ergeben sich Parallelen zu AfD.

Russische Medien

Medien haben eine große Macht. Ihnen glauben Menschen manchmal mehr als dem, was sie selbst sehen und erleben. Gerade die russischen Medien - ob Fernsehen oder soziale Medien - verteufeln deutsche Medien und zeigen Deutschland als ein Land, in dem vieles aus dem Ruder läuft. Davon profitiert die russische Regierung, denn so werden die Menschen im eigenen Lande unter Umständen das Leben in Deutschland wie im Westen überhaupt nicht als eine attraktivere Lebensform ansehen, es wird von eigenen Problemen in Russland abgelenkt. Russische Medien vermitteln unter anderem: Die Moral in Europa sinkt, auf Deutschlands Straßen ist es wegen Flüchtlingen gefährlich geworden, die Regierung hat die Situation nicht im Griff. Dem schenken viele Menschen ihren Glauben. Auch das spielt in die Hände der AfD.

Versäumnisse der Integrationspolitik

Doch nur auf die Russlanddeutschen, die unter Umständen ihre sowjetischen Prägungen nicht abschütteln und die AfD wählen, mit dem Finger zu zeigen, wäre zu einfach. Zum Teil ist es auch das Produkt der früheren deutschen Integrationspolitik. Sie fuhr nur auf Sicht - leider. Anstatt Russlanddeutschen gerade am Anfang mehr Zeit zum Deutschlernen zu geben, wurden die Sprachkurse verkürzt. Diese Kurse hätte man viel stärker auch dazu nutzen sollen, den Menschen das politische System hierzulande, die demokratischen Prinzipien zu erläutern. Hinzu kommt: Ihre mitgebrachten Qualifikationen wurden Russ-

landdeutschen oft nicht anerkannt, neue berufliche Perspektiven zu wenig aufgezeichnet. Gegen Stigmatisierung dieser Gruppe in den Medien und in der Bevölkerung wurde wenig unternommen. Den einen gelang dennoch der soziale und wirtschaftliche Aufstieg in Deutschland, aber einigen auch nicht. Einige gingen deswegen in die innere Migration: Sie fühlen sich nicht dazugehörig, abgehängt, im Stich gelassen in Deutschland. Bei anderen ist es auch das Fehlen an Toleranz und Verständnis für demokratische Strukturen sowie die Sorge, durch die jüngste Zuwanderung den gewonnenen wirtschaftlichen und sozialen Status zu verlieren, die sie zur AfD treiben. Welche Gründe es auch immer gibt, warum ein Russlanddeutscher die AfD wählt, hier ist Handeln angesagt. Aber mit Bedacht und ohne Panik. Russlanddeutsche sollte man nicht in eine Schublade stecken, die Gruppe ist sehr heterogen. Und der Erfolg der AfD ist kein russlanddeutsches Phänomen. Wer die Gespräche anderer Bevölkerungsgruppen in so mancher Gaststätte mitverfolgt, weiß es. Deutsche Politiker sind gut beraten, wenn sie Russlanddeutsche - wie natürlich alle anderen Bürgerinnen und Bürger auch - ernst nehmen und den Dialog mit ihnen suchen. Außerdem sind kulturelle und bildungspolitische Angebote für diese Bevölkerungsgruppe nötig. Und zwar auf Augenhöhe und nicht nach dem Motto „Wir erklären euch die Welt“. Wichtig ist auch, dass Russlanddeutsche selbst aktiv werden. Ich und meine Landsleute sollen das Gespräch mit denen suchen, die noch zweifeln, die noch nicht wissen, wo berechnete Befürchtungen enden und Rassismus sowie Intoleranz beginnen. Zugegeben, die Aufgabe für mich, für uns, für unsere Gesellschaft und die Politik ist ambitioniert, anstrengend und langwierig. Aber so ist es immer in einer Demokratie: Um seine Werte und seine Meinung muss man ringen.

Wer ist nun der Fremde?!

Hilal Toptaş



Schüler/innen der Scharrerschule malten dieses Bild in Erinnerung an die NSU-Morde; Foto: Archiv IR

Ist denn nicht jeder ein Fremder für eine Person, die er nie zuvor gesehen hat? So, dann versuch doch den „Fremden“ kennenzulernen.

Franz Kafka meint: „Je länger man vor der Tür zögert, desto fremder wird man.“ Ja dann klopf doch mal und sehe was sich hinter der Tür verbirgt. Sei offen und mutig! Gehe auf das Fremde ein und höre auf dein Bauchgefühl.

In dem Sinne möchte ich dem Leser empfehlen, dass man sich mit Menschen treffen soll, mit denen man sich nie unterhalten würde und keinesfalls dazu kommt, über Themen zu reden, die eigentlich zu Fragezeichen im Leben führen. Denn je mehr man Menschen verschiedener Herkunft kennenlernt, desto mehr Einblicke hat man über jegliche Persönlichkeiten. Denn jeder Mensch ist individuell und zu wertschätzen.

Selbst die Begriffe wie Fremdenfeindlichkeit, Rassismus oder Diskriminierung geben einem ein unwohles Gefühl und der natürliche Instinkt gibt einem das Zeichen, dass man sich sofort in Schutz nehmen soll und bereit sein soll, sich zu rechtfertigen. Was ja wiederum nicht zu einem Gespräch sondern zu einem Konflikt führen kann.

Was ist denn jetzt Fremdenfeindlichkeit? Wer würde sich selber als fremdenfeindlich beschreiben? Hat man je darüber nachgedacht? Habe ich jemanden fremdenfeindlich beobachtet? Oder habe ich einen Menschen diskriminierend angesprochen? Allein die

Frage: „Können Sie Deutsch?“ ist doch diskriminierend, nicht wahr? Obwohl dies einem im Alltag nicht auffällt, sollte im Nachhinein klar sein, dass man die Person nicht zu dieser Gesellschaft zugehörig gesehen hat und deshalb die Frage gestellt hat. Vielleicht ändert sich jetzt deine Mimik und du könntest diese Aussage bestätigen.

Der Blickwinkel kann sich ändern und somit auch die Wahrnehmung. Nichts ist eindeutig auf der Welt. Nicht mal die Anzahl der Länder. Es kommt darauf an, was als Land oder als Staat definiert wird. Im Grunde genommen wären insgesamt 196 Länder bzw. Staaten auf der Erde. Letztendlich wäre ein Deutscher ja dann nur in Deutschland ein Deutscher und in den restlichen Ländern ein „Fremder“. Wer möchte denn wie ein „Fremder“ behandelt werden? Wichtig für ein friedliches Zusammenleben ist, die persönliche Verhaltensweise und die Einstellung dann umzustellen, wenn man sich selber bei einem diskriminierenden Auftritt erwischte. Denn der Umgang mit Mitmenschen zählt! Die Goldene Regel lautet: „Was du nicht willst, dass man dir tu, das füg auch keinem anderen zu.“

Etwas Empathie und Wertschätzung sollte zum Alltag gehören. All die Unterschiedlichkeiten in der Nachbarschaft sollten als Bereicherung für die Gesellschaft anerkannt werden.

Hilal Toptaş ist Mitglied des Integrationsrates



"Deutschland - deutsche Sitten" und ähnliches forderten 2016 einige hundert Demonstranten, v.a. Russland-Deutsche, auf dem Nürnberger Hauptmarkt; Foto: Archiv Integrationsrat

IMPRESSUM

Herausgeber:

Rat für Integration und Zuwanderung
der Stadt Nürnberg
Geschäftsleitung: Friedrich Popp
Hans-Sachs-Platz 2
90403 Nürnberg
Telefon: 0911 / 231-31-85
Telefax: 0911 / 231-85-16
www.integrationsrat.nuernberg.de
integrationsrat@stadt.nuernberg.de

Redaktion:

Horst Göbbel
Hilal Toptaş
Jacques Laurent
Friedrich Popp

Vi.S.d.P:

Dimitrios Krikelis
Die Artikel geben die Meinung der Verfasserinnen und Verfasser, nicht unbedingt die Meinung des Integrationsrates wieder. Leserbriefes sind der Redaktion willkommen.

Layout, Satz und Druck:

Layout/Satz: Mathias Otto
Fotos: S.1 Chr. Dierenbach/Presseamt (Bild von OBM Dr. Maly); Fotoarchive von Integrationsrat (IR), Horst Göbbel, AGABY, O. Alpay, M. Akbari, Bravissimo, IKGN, KWON KG, O. Wirth, C.P. Schmidt, Merkel, Kevin Uguru, F. Popp u.a.
Druck: Wiedemann & Dassow Druck GmbH
Auflage: 2.500 Exemplare (Juni 2018)

Was macht der Integrationsrat?



Besuch von Integrationsratsmitgliedern beim Verein „Dialog der Kulturen“, v.l.n.r.: Incesu-Asar, Özdemir, Popp, Yigit, Strobel u. Laurent; Foto: Archiv IR



Integrationsrat mit Infostand beim Stadtteilstadtteilfest in Gostenhof; Foto: Archiv IR



Lemia Yigit bei der Eröffnung der 6. Nürnberger Integrationskonferenz 2017; Foto: Karl-Friedrich Hohl (Archiv KuF)



Zahlreiche Besucher/innen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Organisationen beim Neujahrsempfang des Integrationsrates; Foto: Archiv IR



Das internationale Medienprojekt „You are here“ und der Kulturvermittler Alejandro Franco erhielten den Interkulturellen Preis des Integrationsrates 2017; Foto: Archiv IR



„Arbeitsverbot für geduldete Flüchtlinge abschaffen“ ist ein Forderung des Integrationsrates; hier eine Veranstaltung des Flüchtlingsprojektes BLEIB des Integrationsrates; Foto: Archiv IR